

**Jahresbericht 2024**  
der  
**Beratungsstelle**  
**für sozialrechtliche Angelegenheiten (BSA)**  
des  
**Fördervereins Roma e.V. Frankfurt**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	2
<b>2. Organisation der Beratungsstelle</b> .....	4
<b>3. Beratung, Begleitung &amp; Postadressen</b> .....	5
<b>4. Antidiskriminierungsarbeit &amp; Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA)</b> .....	7
<b>5. Herkunft, Geschlechts- und Altersstruktur</b> .....	8
<b>6. Familiäre Situation</b> .....	10
<b>7. Schwangerschaft &amp; Geburt</b> .....	13
<b>8. Häusliche Gewalt &amp; Schutzmaßnahmen</b> .....	14
<b>9. Kinder, Schule &amp; Betreuung</b> .....	16
<b>10. Kindeswohl &amp; Inobhutnahme</b> .....	17
<b>11. Arbeit, Einkommen &amp; Grundsicherung</b> .....	20
<b>12. Schulden &amp; Strafen</b> .....	23
<b>13. Gesundheit &amp; Pflege</b> .....	25
<b>14. Wohnen &amp; Wohnsituation</b> .....	26
<b>15. Aufenthalt &amp; Rechtliches</b> .....	29
<b>16. Sicherheit &amp; Antiziganismus</b> .....	33
<b>17 Netzwerkarbeit &amp; Kooperationen</b> .....	35
<b>18. Fazit</b> .....	37
<b>19. Schwerpunkte der Sozialberatung im kommenden Jahr</b> .....	38
<b>20. Zusammenfassung des Jahresberichts 2024</b> .....	40
<b>Ausblick 2025</b> .....	41
<b>Initiativen</b> .....	41

## Vorwort

Das Jahr 2024 war von tiefen Erinnerungen und weitreichenden gesellschaftlichen Entwicklungen geprägt. Am 2. August jährte sich zum 80. Mal die Ermordung der letzten 4.300 Sinti und Roma im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Bei einer internationalen Gedenkveranstaltung gedachten Überlebende, politische Vertreter\*innen und Angehörige der Minderheit der Opfer und betonten die Bedeutung einer lebendigen Erinnerungskultur ([dokuzentrum.sintiundroma.de](http://dokuzentrum.sintiundroma.de)). Auch der Förderverein Roma e. V. erinnerte an den 2.8.1944 durch eine Gedenkkundgebung.

Gleichzeitig zeigen aktuelle Entwicklungen, dass der Schutz von Minderheitenrechten weiterhin dringend geboten ist. Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) dokumentierte 2023 insgesamt 1.233 antiziganistische Vorfälle – fast doppelt so viele wie im Vorjahr. Am **12. September 2024** wurde der erste Jahresbericht der MIA Hessen veröffentlicht, der diese Entwicklungen detailliert analysiert. Die steigenden Fallzahlen verdeutlichen, dass Diskriminierung nach wie vor eine reale Herausforderung darstellt und konsequent adressiert werden muss. ([antiziganismus-melden.de](http://antiziganismus-melden.de))

Vor diesem Hintergrund wurde im Oktober 2024 die ständige Bund-Länder-Kommission gegen Antiziganismus gegründet. Die steigende Zahl von Diskriminierungsfällen spiegelt sich auch in der wachsenden Nachfrage nach Beratungs- und Unterstützungsangeboten wider. Es ist unsere Verantwortung, Menschen in schwierigen Situationen zu begleiten und gemeinsam mit politischen Akteuren und der Zivilgesellschaft an nachhaltigen Lösungen zu arbeiten. Unter dem Vorsitz von Dr. Mehmet Daimagüler, der das Amt des Antiziganismusbeauftragten seit dem 9. März 2022 begleitet, soll die Kommission die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern stärken, um Diskriminierung wirksam entgegenzuwirken und die gesellschaftliche Teilhabe von Sinti und Roma zu verbessern. ([bmfsfj.de](http://bmfsfj.de))

Auch die politische Landschaft hat sich spürbar verändert. Die AfD fordert die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und einer umfangreichen Remigration, was im Widerspruch zum Schengen-Abkommen steht und Auswirkungen auf viele Rom\**nja* und Sinti\**zze* haben wird. Gleichzeitig ist die Regierungskoalition aus SPD, Grünen und FDP gescheitert. Die gesellschaftliche Debatte über Migration und soziale Sicherheit bleibt angespannt, während die **vorzeitigen Neuwahlen am 20. Februar 2025** entscheidende Weichen für die Zukunft stellen.

Neben den bestehenden Herausforderungen gibt es auch einige positive Entwicklungen. Überregional setzen sich Institutionen und Initiativen zunehmend für die gleichberechtigte Teilhabe von Sinti und Roma ein und Bildungs- sowie Arbeitsmarktprogramme erzielen punktuelle Fortschritte. Auch wächst das Bewusstsein für historische Verantwortung in verstärkten Bildungs- und Erinnerungsinitiativen sichtbar.

Auf lokaler Ebene zeigt sich jedoch ein anderes Bild: Während überregionale Gremien Dialogbereitschaft signalisieren, sind in vielen Städten und Kommunen kaum Fortschritte erkennbar. Im Gegenteil – neue Verwaltungsstrukturen, wie die vollständige Digitalisierung des Jobcenters

Frankfurt, erschweren den Zugang zu sozialen Leistungen für nicht muttersprachliche Ratsuchende erheblich. Anstelle von Erleichterungen erleben Betroffene oft neue administrative Barrieren.

Ein echter Wandel erfordert daher nicht nur symbolische Maßnahmen auf nationaler Ebene, sondern insbesondere strukturelle Verbesserungen vor Ort. Der Dialog mit lokalen Behörden muss verstärkt darauf abzielen, bestehende Ungleichheiten abzubauen, anstatt neue Hürden zu schaffen.

### **1. Situation im Bahnhofsviertel (Stand: 2024)**

Das Frankfurter Bahnhofsviertel bleibt auch 2024 ein Stadtteil mit dynamischen sozialen Entwicklungen, geprägt von Vielfalt, kulturellem Reichtum und wirtschaftlichem Wandel. Mit 3.748 Einwohnerinnen auf 0,542 km<sup>2</sup> zählt es zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Stadt. Rund 65,8 % der Bewohnerinnen haben einen Migrationshintergrund. Diese Vielfalt bietet Chancen für interkulturellen Austausch und wirtschaftliche Innovationen. Dennoch stehen viele Bewohner\*innen, insbesondere Rom\*nja und Sinti\*zze, vor sozialen Herausforderungen.

#### **Sozialer Wandel und Wohnsituation**

Das Bahnhofsviertel erfährt tiefgreifende Veränderungen. Während Luxuswohnungen und Hotels entstehen, verschärft sich die soziale Notlage vieler langjähriger Bewohner\*innen. Einkommensschwache Familien, insbesondere Rom\*nja und Sinti\*zze, sind besonders von Verdrängung betroffen und oft in prekären Wohnverhältnissen untergebracht. Die Unterkünfte bieten kaum langfristige Perspektiven, was eine enorme Belastung darstellt.

#### **Polizeipräsenz und Drogenproblematik**

Das Bahnhofsviertel ist ein Hotspot für Drogenkonsum und die damit verbundene Kriminalität. Als Reaktion wurde die Polizeipräsenz verstärkt, was häufige Kontrollen zur Folge hat. Besonders ethnische Minderheiten, darunter viele Roma, sind unverhältnismäßig oft betroffen. Klient\*innen berichten von regelmäßigen Identitätskontrollen und Stigmatisierung, was das Vertrauen in staatliche Institutionen erschwert.

#### **Wohnraumknappheit und steigende Mieten**

Der Wohnungsmarkt ist angespannt. Während hochpreisige Mietobjekte entstehen, bleibt für sozial benachteiligte Gruppen kaum Wohnraum. Viele Romnja und Sintizze leben in überbelegten Wohnungen oder Notunterkünften. Familien mit Kindern leiden besonders unter diesen Bedingungen, da ein stabiles Zuhause für Bildung, soziale Integration und psychische Gesundheit essentiell ist.

#### **Roma-Community und soziale Teilhabe**

Trotz schwieriger Umstände bleibt die Roma-Community im Bahnhofsviertel präsent. Viele Familien leben seit Jahren hier, ihre Kinder besuchen lokale Schulen. Die enge Nachbarschaft gibt ihnen Halt, jedoch erschweren unsichere Wohnsituationen und soziale Ausgrenzung die Integration. Die Sozialberatung setzt sich daher für nachhaltige Verbesserungen in Wohnen, Bildung und Teilhabe ein.

#### **Gedenkarbeit und politische Initiativen**

Für Sinti und Roma hat das Viertel eine besondere historische Bedeutung. Zwischen 1937 und 1942 wurden zahlreiche Angehörige der Minderheit aus Hessen in einem Lager in der Dieselstraße

interniert, viele wurden in Konzentrationslager deportiert. Eine Gedenktafel in der Braubachstraße erinnert daran. Heute sind Sinti und Roma Teil der Stadtgesellschaft, jedoch weiterhin von Diskriminierung und Benachteiligung betroffen. In der Löherstraße 21 in Frankfurt/Sachsenhausen erinnern neun Stolpersteine an die Familie Adler. Der Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Hessen engagiert sich für die Anerkennung der historischen Verantwortung und gegen Antiziganismus.

### **Städtebauliche Maßnahmen**

Im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft 2024 wurden Bau- und Sanierungsprojekte durchgeführt, um das Viertel aufzuwerten. Dazu gehörten die Installation von Wegweisern zur Innenstadt und Verkehrsbeschränkungen in der Kaiserstraße. Es konnten auch zwei öffentliche Toiletten eingerichtet werden. Obwohl die Ziele nicht vollständig erreicht wurden, waren die Bemühungen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

### **Kulturelle Veranstaltungen**

Am 31. August 2024 fand das "Open Viertel 2024" statt, das die kulturelle Vielfalt Frankfurts feierte. Auch Sinti und Roma beteiligten sich mit Musik und Informationsständen zur Geschichte und Gegenwart der Minderheit. Die Sozialberatung des Fördervereins Roma e.V. setzt sich weiterhin aktiv für bessere Lebensbedingungen von Sinti und Roma im Bahnhofsviertel ein. Bei einer Kulturveranstaltung wurde in einem Redebeitrag die Bedeutung von Teilhabe und Gleichberechtigung betont.

## **2. Organisation der Beratungsstelle**

Die Sozialberatung des Fördervereins Roma e.V. wurde 2024 von einem Team aus vier Personen getragen: zwei Fachberatungen für sozialrechtliche Angelegenheiten und zwei Dolmetscherinnen. Dank der Sprachkompetenz in Romanes, Rumänisch, Deutsch, Englisch und Spanisch erhalten Ratsuchende barrierefrei Zugang zu Informationen und Unterstützung.

### **Standardisierte und angepasste Arbeitsabläufe**

Zur Effizienzsteigerung und besseren Zugänglichkeit wurden Arbeitsprozesse standardisiert und individuell auf die Bedürfnisse der Klient\*innen zugeschnitten. Die Digitalisierung spielte dabei eine zentrale Rolle:

- Terminvereinbarungen erfolgen vor Ort oder telefonisch, um Wartezeiten zu minimieren und auf individuelle Bedürfnisse einzugehen.
- Digitalisierte Fallakten ermöglichen eine sofortige Einsicht in relevante Dokumente und erleichtern die strukturierte Bearbeitung, was die Effizienz erheblich verbessert.
- Flexible Beratungsmöglichkeiten gewährleisten eine bedarfsgerechte Unterstützung bei komplexen Anliegen.

### **Beratungsstruktur und Abläufe**

Die Beratungsstelle bietet zwei Formate zur bedarfsgerechten Unterstützung:

- Open Office (Montag & Freitag): Spontane Beratungen für einfache Anliegen wie Postadressen, Dokumenteneinreichungen oder Kurzberatungen.
- Terminberatungen (Dienstag bis Donnerstag): Für komplexe Fälle wie Widerspruchsverfahren, Leistungsanträge oder rechtliche Fragestellungen.

Notfälle, etwa drohende Wohnungslosigkeit, gesundheitliche Notlagen oder behördliche Fristen, werden grundsätzlich vorrangig behandelt.

### **Effiziente Arbeitsweise und Zusammenarbeit**

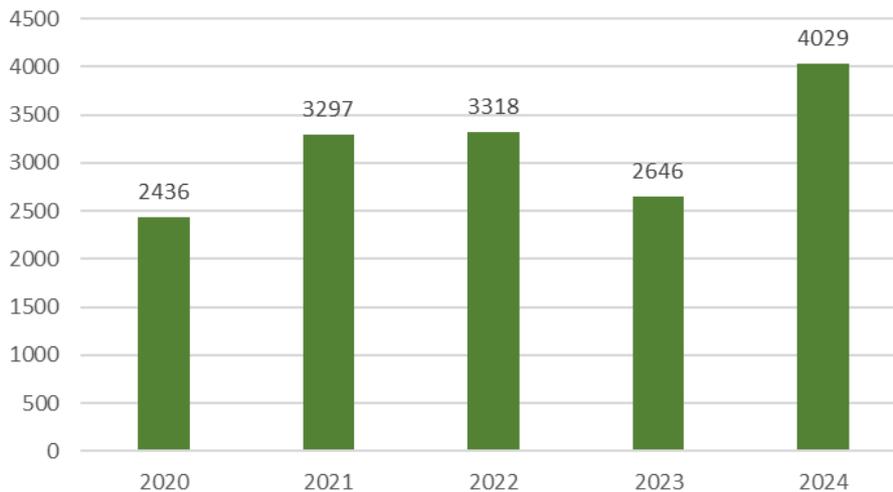
Die optimierte Raumnutzung gewährleistet Vertraulichkeit bei allen Beratungsthemen. Zudem zeigt der Jahresbericht 2023, dass die Anpassung der Räumlichkeiten eine wichtigere Rolle spielte, insbesondere durch die Schaffung von kinderfreundlichen Bereichen und barrierefreien Zugängen. Die Erfahrungen aus dem Vorjahr haben gezeigt, dass eine anpassungsfähige Raumstruktur eine vertrauensvollere Atmosphäre schafft.

Die enge Kooperation mit *Fachanwältinnen und Behörden (Schulamts, Sozialrathäuser, BD3)* wurde weiter ausgebaut, um sozialrechtliche Verfahren effizienter zu gestalten und die Rechte der Klientinnen besser durchzusetzen. Dank dieser strukturellen Verbesserungen konnte die Sozialberatung 2024 noch gezielter auf die Bedürfnisse der Ratsuchenden eingehen. Die im Jahresbericht 2023 aufgezeigten Herausforderungen hinsichtlich wachsender Beratungszahlen und einer komplexeren Antragsbearbeitung wurden in die Planungen für das laufende Jahr integriert, um eine nachhaltige und qualitativ hochwertige Beratung sicherzustellen.

### **3. Beratung, Begleitung & Postadressen**

Die Sozialberatung des Fördervereins Roma e. V. führte 2024 **insgesamt 4.029 Beratungen** durch – ein deutlicher Anstieg. Die Unterstützung wurde **von 873 Personen** wahrgenommen. Besonders auffällig war die Zunahme der Begleitungen zu Ämtern und Behörden: 194 Fälle, ein Plus von 15 % gegenüber 2023 (169 Begleitungen). Dies zeigt, dass viele Ratsuchende trotz gestärkter Eigenständigkeit weiterhin auf gezielte Unterstützung angewiesen sind.

**Anzahl der Beratungen 2020 bis 2024**



#### **Entwicklung der Begleitungen:**

- 2022: 145 Begleitungen
- 2023: 169 Begleitungen (+16,5 %)
- 2024: 194 Begleitungen (+15 % zu 2023, +33,8 % zu 2022)

Die steigenden Zahlen verdeutlichen die anhaltenden strukturellen Hürden bei Behördengängen und die Notwendigkeit direkter Unterstützung.

Ein bedeutender Teil der Begleitungen betrifft das Sozialamt BD3, das für die Zuweisung von Notunterkünften verantwortlich ist. Da eine Unterbringung erst erfolgt, wenn alle erforderlichen Unterlagen und SGB-II-Anträge vollständig vorliegen, entstehen Wartezeiten von bis zu drei Monaten. Während dieser Zeit müssen die Betroffenen eigenständig nach Übergangslösungen suchen. Die Sozialberatung begleitet sie in dieser schwierigen Phase und steht unterstützend zur Seite.

Die persönliche Begleitung zu Jobcentern, Sozialämtern und anderen Behörden bleibt auch 2024 für die Sozialberatung und den Klient\*innen essenziell.

Ein äußerst wichtiger Aspekt der Begleitung ist die sprachliche Unterstützung durch die Dolmetscherinnen, die sicherstellen, dass Anliegen klar kommuniziert werden und Missverständnisse vermieden werden. Die Erfahrung zeigt, dass die physische Anwesenheit einer fachkundigen Begleitung nicht nur Entscheidungen beschleunigt, sondern auch eine respektvollere Kommunikation mit den Behörden begünstigt.

#### **Optimiertes Postsystem als stabiler Anker**

Ein zentraler Fortschritt 2024 war die Optimierung des Postablagensystems. Viele Klient\*innen haben keine feste Wohnadresse und benötigen eine verlässliche Zustellung für Behördenpost. Im Jahresbericht 2023 wurde aufgezeigt, dass die steigende Zahl an Ratsuchenden mit unsicherem Wohnstatus eine verbesserte Postverwaltung erforderlich macht. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 217 Postadressen ausgestellt. Bei einer Höchstlaufzeit von drei Monaten liegt die

Postadressenvergabe pro Monat bei ca. 18 Postadressen und erreichte punktuell bis zu 57 aktive Postadressen.

- Erweiterung der c/o-Adressen von 40 auf 60 (maximal).
- Gültigkeitsdauer bleibt bei drei Monaten, Verlängerung bei Bedarf möglich.
- Neues Verteilungssystem ermöglicht eine schnellere und strukturierte Ausgabe.
- Verstärkte Beratung zur Interpretation von Behördenpost, um Fristversäumnisse zu vermeiden.

Diese Maßnahmen gewährleisten, dass mehr Ratsuchende zuverlässig erreichbar sind und keine wichtigen Fristen versäumen. Zudem wurde durch die Umstrukturierung sichergestellt, dass Klient\*innen ihre Post unter diskreten und geschützten Bedingungen entgegennehmen können. Die Kombination aus individueller Beratung, Begleitung und einer stabilen Postlösung macht die Sozialberatung zu einer unverzichtbaren Anlaufstelle für Rom\*nja und Sinti\*zze in prekären Lebenssituationen. Durch die im Jahresbericht 2023 erkannten Herausforderungen konnten gezielt Anpassungen vorgenommen werden, um die Qualität der Unterstützung weiter zu verbessern.

#### **4. Antidiskriminierungsarbeit & Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA)**

Die Sozialberatung des Fördervereins Roma e.V. setzt sich aktiv gegen Antiziganismus und Diskriminierung ein. Im Jahr 2024 wurde die Arbeit der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) weitergeführt, wobei sich zeigte, dass eine strukturierte und gemeinschaftsorientierte Herangehensweise notwendig ist.

##### **Dokumentation von Diskriminierungsfällen**

Im Jahr 2024 konnten innerhalb der Sozialberatung weitere MIA-Fälle aufgenommen werden, die von Klient\*innen gemeldet und dokumentiert wurden. Die gemeldeten Vorfälle umfassten Benachteiligungen bei Behörden, Wohnungsdiskriminierung, rassistische Polizeikontrollen sowie offene Anfeindungen im öffentlichen Raum. Während detaillierte Zahlen für 2024 noch nicht abschließend vorliegen, zeigen Erhebungen aus Hessen, dass antiziganistische Diskriminierung weiterhin ein strukturelles Problem bleibt: 2023 wurden hessenweit 113 Fälle erfasst, die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein.

##### **Politische Arbeit und Sensibilisierung**

Neben der Fallaufnahme waren die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und die politische Arbeit ein wesentlicher Bestandteil unseres Engagements. Durch Workshops, Fachgespräche und Netzwerktreffen wurde nicht nur über Antiziganismus aufgeklärt, sondern auch strukturelle Benachteiligungen sichtbar gemacht. Die enge Zusammenarbeit mit Fachorganisationen und politischen Akteur\*innen hat dazu beigetragen, das Bewusstsein für diese Problematik zu stärken.

##### **Neues Konzept für 2025: Einführung des MIA-Cafés**

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Betroffene oft Hemmungen haben, Diskriminierungserfahrungen zu teilen oder zu melden. Um dem entgegenzuwirken, wird 2025 ein neues Konzept erprobt: das MIA-Café.

- Jeden Freitag soll ein geschützter Raum geschaffen werden, in dem sich Ratsuchende über Antiziganismus, Rassismus und Diskriminierung informieren können.
- Das Café soll einen offenen Austausch ermöglichen und Klient\*innen dazu ermutigen, eigene Erfahrungen zu teilen.
- Ziel ist es, das Bewusstsein für Antiziganismus zu schärfen und Betroffenen mehr Selbstbewusstsein im Umgang mit Diskriminierung zu vermitteln.

Mit dieser neuen Struktur soll die Antidiskriminierungsarbeit 2025 niedrigschwelliger, zugänglicher und interaktiver gestaltet werden.

## **5. Herkunft, Geschlechts- und Altersstruktur**

Die Sozialberatung des Fördervereins Roma e.V. wurde auch 2024 überwiegend von Rumän\*innen in Anspruch genommen. Ihr Anteil lag bei mindestens 94 %, was einem leichten Rückgang gegenüber den Vorjahren entspricht (2023: 95 %, 2022: 95,7 %). Gleichzeitig war ein moderater Anstieg bei Ratsuchenden aus der Ukraine und Bulgarien zu verzeichnen.

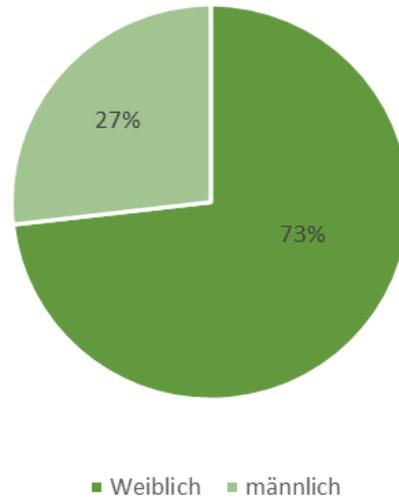
### **Herkunftsländer und neue Entwicklungen**

Während Rumänien weiterhin das mit Abstand dominierende Herkunftsland bleibt, zeigt sich eine allmähliche Diversifizierung der Ratsuchenden. Insbesondere die Zahl ukrainischer Geflüchteter nimmt weiter zu, bedingt durch die anhaltenden Folgen des Krieges. Auch bulgarische Staatsangehörige suchen vermehrt Unterstützung, was auf wirtschaftliche Unsicherheiten und soziale Benachteiligungen zurückzuführen ist. Andere Nationalitäten spielen weiterhin eine untergeordnete Rolle und bewegen sich im niedrigen einstelligen Prozentbereich.

### **Geschlechterverteilung und soziale Verantwortung**

Frauen bilden auch 2024 die Mehrheit der Ratsuchenden, da sie häufig die Hauptverantwortung für familiäre und sozialrechtliche Belange tragen. Der Anteil weiblicher Klientinnen entwickelte sich wie folgt:

## Geschlechterverteilung



- 2022: ca. 71,9 %
- 2023: ca. 73 %
- 2024: weiterhin anhaltendes hohes Niveau (ca. 73%) des Frauenanteils

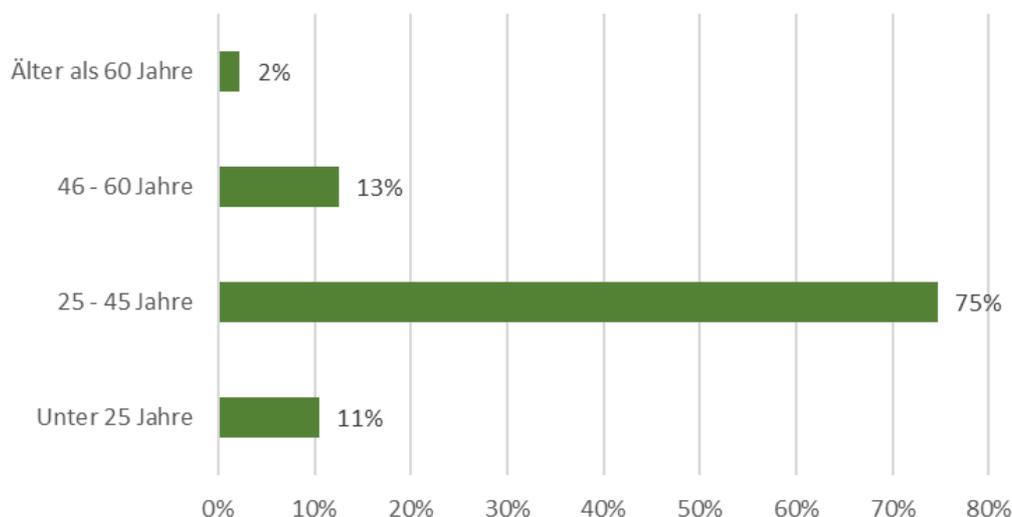
Dieser Trend unterstreicht die zentrale Rolle der Rom\*nja in der Sicherung des familiären Alltags. Besonders in den Bereichen Wohnungssuche, Kinderversorgung und Sozialleistungen sind Frauen verstärkt auf Beratung angewiesen.

### Altersstruktur der Klient\*innen

Die Sozialberatung betreut Menschen aller Altersgruppen. Während in den vergangenen Jahren insbesondere junge Familien mit kleinen Kindern verstärkt das Angebot nutzten, hat sich die Altersverteilung im Jahr 2024 verändert. Der Anteil der Ratsuchenden unter 25 Jahren sank von 19 % im Jahr 2023 auf etwa 11 % im Jahr 2024. Gleichzeitig bildet die Altersgruppe der 25- bis 45-Jährigen nun den größten Anteil der Ratsuchenden.

Die Altersstruktur verdeutlicht, dass viele Ratsuchende langfristige Perspektiven in Deutschland anstreben. Die Sozialberatung wird zunehmend als Begleiter in den ersten Jahren der Integration wahrgenommen und stellt eine essenzielle Anlaufstelle dar, um existenzielle Fragen zu klären und strukturelle Hürden zu überwinden.

## Altersstruktur



## 6. Familiäre Situation

Familien mit Kindern bilden den größten Anteil der Ratsuchenden in der Sozialberatung des Fördervereins Roma e.V. Bereits 2022 lebten 80,1 % der Klient\*innen mit mindestens einem Kind im Haushalt – ein Trend, der sich in den Folgejahren verstärkte. Die steigende Nachfrage nach Unterstützung zeigt, dass viele Rom\*nja und Sinti\*zze langfristig in Deutschland bleiben möchten, jedoch mit erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Hürden konfrontiert sind. **2024 lebten ca. 86% der Klient\*innen mit Kindern.** Im Berichtsjahr waren über **1900 Kinder** in die Beratung der Erziehenden mit einbezogen.

### Wachsende Herausforderungen für Alleinerziehende

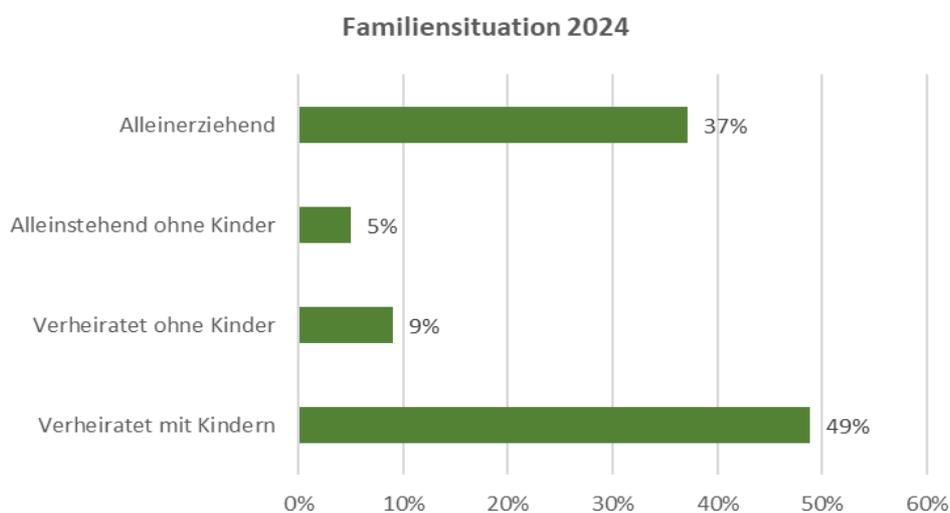
Die Situation alleinerziehender Klientinnen bleibt besorgniserregend. Während 2021 noch 25 % der Klientinnen alleinerziehend waren, stieg der Anteil 2022 auf 38,5 % und erreichte 2023 mit 43,8 % seinen Höchststand. Im Jahr 2024 stabilisierte sich dieser Wert wieder auf dem Niveau von 2022. Diese Entwicklung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass viele Alleinerziehende Deutschland verlassen haben, da sich ihre wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven zunehmend verschlechtern.

Denn alleinerziehende Rom\*nja und Sinti\*zze stehen vor erheblichen Herausforderungen: Viele haben ohne Arbeitsvertrag bzw. Aussicht auf diesen keinen Zugang zu Sozialleistungen und geraten so in wirtschaftlich existenzielle Notlagen. Sie sind häufig auf die Unterstützung von Bekannten oder Hilfsorganisationen angewiesen und müssen in überfüllten Notunterkünften oder Übergangwohnheimen leben – ohne Aussicht auf eine dauerhafte Wohnperspektive.

Dieses strukturelle Problem ergibt sich aus den aufenthaltsrechtlichen Regelungen der EU-Freizügigkeit. In vielen Familien ist der Vater erwerbstätig, während die Mutter die Kinder betreut und keiner eigenen Erwerbstätigkeit nachgehen kann. Der arbeitende Partner übt sein Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit aus, wodurch die Frau und die Kinder im Rahmen des Familiennachzugs ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht erhalten. Dieses ist jedoch an die Erwerbstätigkeit des Partners gekoppelt. Trennen sich die Partner, entfällt oft das Aufenthaltsrecht für die Mutter und ihre Kinder,

da die eigenständige Freizügigkeit an eine eigene Arbeitsaufnahme gebunden ist. In der Folge verlieren viele alleinerziehende Frauen, die sich gerade erst getrennt haben, nicht nur ihren gesicherten Aufenthalt, sondern auch sämtliche Sozialleistungen. Ohne festes Aufenthaltsrecht bleibt ihnen der Zugang zu Sozialhilfe, Kindergeld oder anderen existenzsichernden Leistungen verwehrt. Diese abrupte Entrechtung führt dazu, dass Betroffene in extreme Armut abrutschen oder gezwungen sind, Deutschland zu verlassen.

Besorgniserregend ist, dass im Jahr 2024 etwa 10 % der Frauen aufgrund einer Trennung oder des Todes ihres Partners Deutschland verlassen haben. Diese Entwicklung offenbart tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Probleme, die viele Rom\*nja und Sinti\*zze betreffen. Fehlende soziale Absicherung, prekäre Wohnverhältnisse und strukturelle Benachteiligung verschärfen die Situation für Alleinerziehende erheblich und lassen kaum Spielraum für eine langfristige Perspektive.



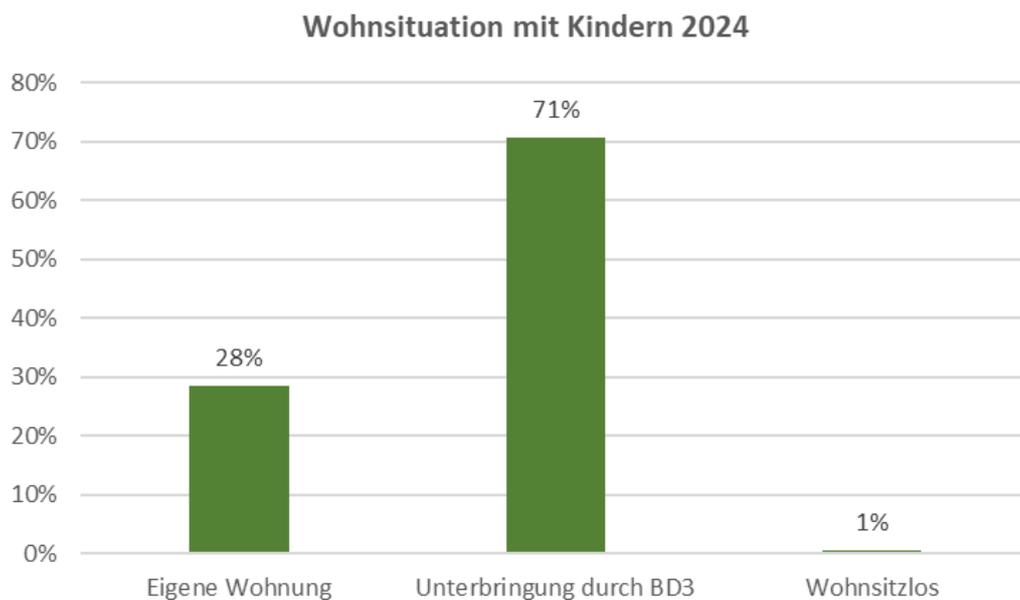
### **Wohnsituation als zentrale Belastung**

Neben finanziellen Engpässen stellt die prekäre Wohnsituation eine der größten Herausforderungen dar:

- 2022: 63 % der ratsuchenden Familien mit Kindern lebten in Wohnheimen oder Notunterkünften.
- 2023: Trotz steigender Nachfrage blieben die Wartelisten für Sozialwohnungen lang. Große Familien mit vier oder mehr Kindern haben nahezu keine Chance auf regulären Wohnraum.
- 2024 lebten 71% mit Kindern in Wohnheimen und in Notunterkünften.

Viele dieser Unterkünfte sind überfüllt, laut und oft in einem schlechten hygienischen oder baulichen Zustand. Es fehlt an Privatsphäre, sicheren Spielmöglichkeiten für Kinder und stabilen sozialen Strukturen. Besonders problematisch ist der häufige Wohnortwechsel, der die soziale Integration und den Schulbesuch der Kinder massiv erschwert. Dieser Wechsel ist oft mit Verlegungen durch den BD3 erfolgt. Das hat viele Gründe.

Zum einen gibt es Umverlegungen aufgrund des Wohnungsmangels, Renovierungen der Unterkünfte oder aber Schulferien. In den Sommerferien gehen viele Familien mit ihren Kindern in ihr Heimatland, um Eltern oder Freunde zu besuchen. Wenn der Urlaub mehr als 10 Tage anhält, also eine Ortsabwesenheit über 10 Tage, verlieren die Familien ihre Unterkunft/Hotel/Wohnheim, da diese nur für 10 Tage vorgehalten werden. Danach wird neu zugeteilt. Daraus ergeben sich ständige Wohnungswechsel und oft auch damit verbunden eine neue Schulzuweisung. Ein Urlaub ist ein Auszug aus einer Unterkunft inklusive des kompletten Hausrats.



### **Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt**

Zahlreiche Rom\*nja und Sinti\*zze berichten von systematischer Benachteiligung bei der Wohnungssuche. Trotz nachweisbarer Zahlungsfähigkeit werden sie aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit abgelehnt oder mit überhöhten Kautionsforderungen konfrontiert. Diese strukturelle Diskriminierung erschwert eine nachhaltige Integration und zementiert soziale Ungleichheiten.

### **Folgen für Familien und Kinder**

Die schwierigen Wohn- und Lebensverhältnisse haben gravierende Auswirkungen auf die Betroffenen:

- **Psychische Belastung:** Ständige Unsicherheit und beengte Wohnverhältnisse verursachen Stress und Angst.
- **Erschwerte Erziehung:** Ohne stabilen Wohnraum fehlen Kindern Rückzugsorte zum Lernen und Entwickeln.
- **Soziale Isolation:** Fehlende Stabilität erschwert den Aufbau von Freundschaften und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.
- **Stigmatisierung:** Eltern erleben nicht nur Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, sondern auch in Schulen und Behörden.

Viele der Kinder haben in ihrem Leben noch nie in einer Wohnung gelebt. Sie hatten noch nie ein eigenes Zimmer oder gar Privatsphäre. Das Leben spielt sich komplett auf engstem Raum ab. Oft ein (Schul-)Leben lang.

### **Notwendige Maßnahmen und Perspektiven**

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, setzt sich die Sozialberatung gezielt für folgende Maßnahmen ein:

- Unterstützung bei der Wohnraumvermittlung über das Amt für Wohnungswesen und rechtliche Unterstützung bei Diskriminierung.
- Erweiterte Hilfsangebote für Alleinerziehende, insbesondere bei Sozialleistungen.
- Engere Kooperation mit Schulen und Sozialdiensten, um bessere Bildungschancen für Kinder zu ermöglichen.

Die steigende Zahl von Familien in prekären Lebenslagen verdeutlicht den dringenden Handlungsbedarf auf politischer und struktureller Ebene. Verbesserungen in den Bereichen Wohnen, soziale Absicherung und Bildung sind essenziell, um nachhaltige Perspektiven für die Betroffenen zu schaffen.

## **7. Schwangerschaft & Geburt**

Die Unterstützung schwangerer Frauen bleibt ein zentrales Thema in der Sozialberatung des Fördervereins Roma e. V. Viele Ratsuchende stehen während der Schwangerschaft vor erheblichen finanziellen, gesundheitlichen und administrativen Hürden. Besonders betroffen sind Frauen ohne Krankenversicherung, die kaum Zugang zu medizinischer Versorgung haben und auf alternative Hilfsangebote angewiesen sind.

### **Entwicklung der Fallzahlen und Problemlagen**

Im Jahr 2022 waren 8 % der Klientinnen schwanger, ein Anstieg um 2 % im Vergleich zu 2021. Dieser Trend setzte sich 2023 fort, als rund ein Zehntel der Ratsuchenden schwanger war und hält sich 2024 auf ähnlichem Niveau. Häufig auftretende Probleme:

- Fehlende oder unzureichende Krankenversicherung
- Kein Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen und Geburtskliniken
- Schwierigkeiten bei Anträgen auf Mutterschaftsleistungen und Erstausrüstung
- Hohe Kosten für den Mutterpass und medizinische Untersuchungen

### **Medizinische Versorgung: Fehlende Absicherung als Hauptproblem**

Ein zentrales Problem vieler schwangeren Rom\*inja ist die fehlende Krankenversicherung. Ohne diese bleibt ihnen der reguläre Zugang zur medizinischen Betreuung verwehrt. Zwar steht ihnen die Humanitäre Sprechstunde des Frankfurter Gesundheitsamtes offen, doch deren Kapazitäten sind begrenzt.

Ein besonders drängendes Problem ist die Ausstellung des Mutterpasses, der für viele Frauen eine finanzielle Hürde darstellt. Seit 2019 müssen sie die Kosten für Labortests (ca. 100 Euro) selbst tragen, da die Stadt diese nicht mehr übernimmt. Für Frauen in prekären Verhältnissen ist dies kaum leistbar.

### **Mutterschaftsleistungen und Erstausrüstung: Bürokratische Hürden**

Viele schwangere Frauen benötigen Unterstützung bei der Beantragung von Mutterschaftsleistungen, Kindergeld und Erstausrüstungen. Die Verwaltungen reagieren jedoch oft wenig flexibel auf die Lebensrealitäten von Rom\*nja und Sinti\*zze.

Besonders problematisch ist die Beantragung von Erstausrüstungen. Häufig sind langwierige bürokratische Prüfungen erforderlich, wodurch Frauen auf Spenden kirchlicher Einrichtungen angewiesen sind, um die Grundausstattung für ihr Kind zu finanzieren.

### **Fehlende soziale Absicherung nach der Geburt**

Nach der Geburt bleiben viele Mütter mit großen Unsicherheiten konfrontiert:

- Kein Anspruch auf Elterngeld oder Sozialleistungen bei fehlender Erwerbsbiografie
- Schwierigkeiten bei der Anmeldung des Kindes ohne vollständige Dokumente
- Verzögerungen bei der Ausstellung der Geburtsurkunde

Diese Unsicherheiten führen zu finanzieller Abhängigkeit von Partnern oder familiären Netzwerken, wodurch Frauen in besonders verletzlichen Situationen oft keine eigenen Ressourcen zur Verfügung stehen.

### **Notwendige Maßnahmen und Perspektiven**

Um die Situation schwangerer Frauen nachhaltig zu verbessern, sind folgende Maßnahmen dringend erforderlich:

- Gesicherter Zugang zur medizinischen Versorgung durch städtisch finanzierte Mutterpässe für nicht versicherte Frauen.
- Schnellere Bearbeitung von Anträgen auf Mutterschaftsleistungen und Erstausrüstungen zur Vermeidung finanzieller Notlagen.
- Sensibilisierung der Behörden für die spezifischen Problemlagen von Rom\*nja und Sinti\*zze, um bürokratische Hürden abzubauen.
- Ausbau der Kooperation mit medizinischen Hilfsangeboten, um die Gesundheitsversorgung für Schwangere ohne Versicherung zu verbessern.

Die steigende Zahl schwangerer Ratsuchender macht deutlich, dass dringend strukturierte Unterstützung und eine bessere politische Absicherung notwendig sind, um Mutter und Kind eine sichere Zukunft zu ermöglichen.

## **8. Häusliche Gewalt & Schutzmaßnahmen**

Häusliche Gewalt bleibt eine akute Herausforderung für viele Ratsuchende der Sozialberatung des Fördervereins Roma e. V. Betroffene Frauen befinden sich oft in langjährigen, von Gewalt geprägten

Partnerschaften, aus denen sie sich nur schwer lösen können. Gründe hierfür sind wirtschaftliche Abhängigkeit, Angst vor sozialer Ächtung und fehlende Schutzmöglichkeiten.

### **Entwicklung der Fallzahlen und Problemlagen**

Auch 2024 dokumentierte die Sozialberatung zahlreiche Fälle häuslicher Gewalt, Bedrohungen und psychischer Kontrolle. Besorgniserregend ist, dass viele Frauen bereits mehrere gescheiterte Trennungsversuche hinter sich haben, jedoch mangels Alternativen zu ihren gewalttätigen Partnern zurückkehren müssen.

Im Jahr 2024 haben sich mindestens 18 Frauen aus gewaltbelasteten Beziehungen gelöst. Das entspricht einer erneuten Zunahme der Alleinerziehenden, die bereits 2023 auf 43,8 % angestiegen war (2022: 38,5 %). Diese Entwicklung verdeutlicht den steigenden Unterstützungsbedarf für Frauen, die sich aus schwierigen Partnerschaften befreien möchten, aber mit erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Hürden konfrontiert sind, auch wenn sich die Zahlen 2024 stabilisiert haben.

### **Auswirkungen auf Kinder**

Gewalt innerhalb der Familie hat tiefgreifende Folgen für Kinder:

- Viele entwickeln Schulangst, zeigen Verhaltensauffälligkeiten oder leiden unter Stresssymptomen.
- Schulverweigerung und längere Aufenthalte an öffentlichen Plätzen nehmen zu.
- Jugendliche verbringen vermehrt Zeit in Jugendhäusern oder auf der Straße. Letzteres führt oft zu Konflikten mit Anwohner\*innen und der Polizei.

Die prekäre Wohnsituation verschärft diese Problematik zusätzlich, da betroffene Frauen oft keine Möglichkeit haben, sich räumlich von ihren Partnern zu trennen.

### **Zugang zu Frauenhäusern: Strukturelle Hürden für Rom\*nja**

Ein großes Hindernis für Betroffene ist der erschwerte Zugang zu Frauenhäusern. Frauen ohne eigenes Einkommen oder Sozialleistungsbezug bleiben oft ausgeschlossen, da die Finanzierung der Unterbringung nicht gesichert ist.

Weitere Herausforderungen:

- Unterfinanzierung: Frauenhäuser sind chronisch überlastet, was zu akutem Platzmangel führt.
- Diskriminierung: Rom\*nja und Sinti\*zze berichten regelmäßig von Ablehnung oder Benachteiligung bei der Aufnahme.
- Bürokratische Hürden: Verzögerungen bei der Kostenübernahme verhindern eine schnelle Schutzunterbringung.

### **Trennungsproblematik und finanzielle Abhängigkeit**

Selbst wenn Frauen sich aus gewaltvollen Beziehungen lösen möchten, stehen sie vor enormen Hürden:

- Kein Zugang zu Sozialleistungen aufgrund restriktiver Regelungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit.
- Lange Bearbeitungszeiten bei finanziellen Hilfsanträgen, die Frauen ohne eigenes Einkommen in Notlagen bringen.
- Fehlende rechtliche Unterstützung, da bürokratische Anforderungen oder Angst vor Repressalien viele Frauen von rechtlichen Schritten abhalten.

### **Notwendige Maßnahmen und Perspektiven**

Um die Situation für betroffene Frauen nachhaltig zu verbessern, sind folgende Maßnahmen dringend erforderlich:

- Bessere Finanzierung von Frauenhäusern, um auch Rom\*nja und Sinti\*zze uneingeschränkten Zugang zu ermöglichen.
- Abbau bürokratischer Hürden bei der Kostenübernahme für Frauen ohne eigenes Einkommen.
- Sensibilisierung der Mitarbeitenden in Frauenhäusern für die spezifische Lage von Rom\*nja und Sinti\*zze.
- Stärkere Netzwerkarbeit mit spezialisierten Beratungsstellen, um schnelle und unbürokratische Hilfe zu gewährleisten.

Die Beratungsstelle plant für 2025 eine intensivere Zusammenarbeit mit Gewaltschutz-Netzwerken und Frauenhilfsorganisationen, um betroffenen Frauen frühzeitiger und gezielter Unterstützung zu bieten.

## **9. Kinder, Schule & Betreuung**

Der Zugang zu Bildung bleibt eine zentrale Herausforderung für Rom\*nja- und Sinti\*zze und für deren Kinder. Während die Einschulung in Frankfurt meist reibungslos erfolgt, gibt es erhebliche Schwierigkeiten im Schulalltag, bei der digitalen Ausstattung und der frühkindlichen Betreuung.

### **Schulische Herausforderungen**

Die Einschulung erfolgt über das Aufnahme- und Beratungszentrum (ABZ). Zwar sind die Zuweisungen unkompliziert, doch im Schulalltag stoßen viele Kinder auf strukturelle Barrieren.

Hauptprobleme:

- Mangelnde Sprachförderung: Der Bedarf an intensiver Deutschförderung wird oft nicht gedeckt.
- Diskriminierung: Vorurteile und Benachteiligungen im Schulbetrieb sind weiterhin verbreitet.
- Unregelmäßiger Schulbesuch: Prekäre Wohnverhältnisse führen zu häufigen Fehlzeiten.
- Kommunikationsprobleme: Eltern-Lehrer-Gespräche müssen oft durch die Beratungsstelle begleitet werden.

Im Jahr 2024 hat sich die Beratungsstelle intensiv mit Bildungseinrichtungen und Schulen auseinandergesetzt, um die schulische Situation von Rom\*nja-Schülerinnen und -Schülern zu verbessern. Sie konnte in den meisten Fällen konstruktive Lösungen für beide Parteien erarbeiten.

## **Digitale Ausstattung und Benachteiligung**

Die digitale Ausstattung von Roma-Kindern ist weiterhin unzureichend. Jobcenter lehnen Anträge auf Endgeräte systematisch ab, und Schulen können den Bedarf nicht decken.

Folgen:

- Kein Zugang zu digitalen Lernangeboten.
- Fehlende schulische Unterstützung zur Überwindung der digitalen Lücke.
- Lernrückstände und erhebliche Nachteile im Vergleich zu Mitschüler\*innen.

Trotz der steigenden Bedeutung digitaler Bildung gibt es vonseiten der Stadt Frankfurt keine nachhaltige Lösung.

## **Probleme bei der Kita- und Hortplatzvergabe**

Die Anmeldung für Kita- und Hortplätze erfolgt über das digitale Kindernet des Stadtschulamts. Dies stellt viele Familien vor unüberwindbare Hürden.

Herausforderungen:

- Digitale Anmeldeverfahren: Viele Eltern verfügen weder über eine E-Mail-Adresse noch über digitale Kenntnisse.
- Lange Wartelisten: Kinder warten jahrelang auf Plätze, was ihre Sprachentwicklung verzögert.
- Betreuung in der Familie: Mangels Alternativen übernehmen oft ältere Geschwister oder Verwandte die Betreuung.

Selbst die Krabbelstube und die Kindertagesstätte Schaworalle des Fördervereins Roma e.V. waren 2024 vollständig belegt.

## **Zusammenarbeit mit Schulen und Sozialarbeit**

Die Beratungsstelle wird zunehmend von Schulsozialarbeiter\*innen kontaktiert, insbesondere bei:

- Schulischen Konflikten, die eine Vermittlung zwischen Lehrkräften und Eltern erfordern.
- Behördenangelegenheiten, bei denen Eltern Unterstützung benötigen.

Fazit und notwendige Maßnahmen

- Bessere digitale Ausstattung für Roma-Kinder durch Bereitstellung von Laptops und Internetzugang.
- Ausbau von Kita- und Hortplätzen, um frühkindliche Bildung für alle zugänglich zu machen.
- Sensibilisierung der Schulen für die besonderen Herausforderungen von Rom\*nja.

Die Beratungsstelle wird sich 2025 verstärkt für diese Themen einsetzen, um Bildungschancen und soziale Teilhabe zu verbessern.

## **10. Kindeswohl & Inobhutnahme**

Die Inobhutnahme von Kindern durch das Jugendamt stellt eine einschneidende Maßnahme im Kinderschutz dar. Rom\*nja- und Sinti\*zze-Familien sind hiervon überdurchschnittlich häufig betroffen, oft aufgrund von prekärer Wohnsituation, finanzieller Not oder sozialer Isolation. Die Sozialberatung des Fördervereins Roma e.V. begleitet betroffene Familien in diesen Krisensituationen und setzt sich für eine transparente und faire Fallbearbeitung durch die Jugendämter ein.

### **Wahrnehmung des Jugendamtes in der Roma-Community**

Innerhalb der Roma-Community wird das Jugendamt häufig als aggressiv und unverhältnismäßig schnell handelnd wahrgenommen. Viele Familien haben den Eindruck, dass gerade bei Rom\*nja und Sinti\*zze verstärkt und mit weniger Differenzierung eingegriffen wird. Dies ist schwer zu belegen, doch mehrere dokumentierte Fälle zeigen, dass Jugendämter oft Maßnahmen ergreifen, bevor klärende Gespräche mit den betroffenen Eltern stattfinden.

Häufige Kritikpunkte aus der Community:

- Unzureichende Sensibilität für kulturelle Besonderheiten und familiäre Strukturen.
- Fehlende Differenzierung bei schwierigen Lebenslagen – Wohnungsnot oder Armut werden häufig als Vernachlässigung gewertet.
- Mangelnde Kommunikation und plötzliche Interventionen, ohne vorherige Gespräche oder Unterstützungsangebote.
- Einzelne Sachbearbeiter\*innen treten aggressiv oder herablassend auf, was das Vertrauen der Betroffenen weiter untergräbt.

Diese Wahrnehmung führt dazu, dass Familien Angst vor dem Jugendamt haben und sich in Krisensituationen erst sehr spät an offizielle Stellen wenden.

### **Entwicklung der Fallzahlen und Problemlagen**

Im Jahr 2022 war die Beratungsstelle in insgesamt sechs Inobhutnahmen involviert, die sich auf zwei Familien verteilten. Auch 2023 gab es mehrere Fälle, bei denen das Jugendamt die Obhut eingeleitet und übernommen hat. In vielen Fällen wurde die Sozialberatung erst nach der Maßnahme einbezogen, wodurch es schwierig war, präventiv zu unterstützen.

2024 wurden vier Inobhutnahmen gemeldet. Besonders gravierend war der Fall einer Familie, die durch einen behördlichen Fehler in Frankreich festgesetzt wurde. Die Kinder wurden dort in Obhut genommen, während die Eltern drei Tage lang keinen Kontakt zu ihnen hatten. Erst nach Aufklärung der Sachlage durch die Beratungsstelle konnten die Kinder zurückgeführt werden. Solche Vorfälle verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf für eine bessere interinstitutionelle Abstimmung und die Berücksichtigung der besonderen Situation mobiler Familien.

Hauptgründe für Inobhutnahmen laut Jugendämtern:

- Vermutete Kindesvernachlässigung, die häufig durch wirtschaftliche Notlagen und prekäre Wohnverhältnisse begünstigt wird.
- Fehlende Schulbesuche der Kinder, was als Zeichen einer Kindeswohlgefährdung gewertet wird.
- Gewalterfahrungen im häuslichen Umfeld.

Besonders problematisch ist, dass das Jugendamt schnell zu drastischen Maßnahmen greift, bevor andere Hilfsangebote geprüft wurden. Es gibt dokumentierte Fälle, in denen Familien keine Möglichkeit zur Klärung erhielten, bevor eine Inobhutnahme angeordnet wurde.

### **Familienunterstützung durch den Förderverein Roma e.V.**

Um präventiv gegen eskalierende Konflikte in Familien vorzugehen, bietet der Förderverein Roma e.V. familienunterstützende Maßnahmen (Familienhilfe) an. Dazu gehören:

- Elternberatung, um Unsicherheiten im Umgang mit Behörden zu reduzieren.
- Unterstützung bei Sozialleistungsträgern, um finanzielle Stabilität zu schaffen.
- Vermittlung in Bildungs- und Freizeitangebote, um Kinder gezielt zu fördern.
- Intervention bei familiären Konflikten, um Eskalationen frühzeitig zu verhindern.

Durch diese Angebote konnte in mehreren Fällen eine Eskalation vermieden und eine drohende Inobhutnahme abgewendet werden.

### **Allgemeiner Zustand der Kinder**

Ungeachtet der oft schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen gibt es keine Hinweise auf eine Vernachlässigung oder gesundheitliche Beeinträchtigungen der Kinder der Ratsuchenden. In der Beratungsstelle ist kein einziger Fall bekannt, in dem Kinder verwahrlost oder gesundheitlich gefährdet wären – im Gegenteil:

- Kinder sind gut versorgt, ernährt und entwickeln sich altersgerecht.
- Die familiären Bindungen sind stark, die Eltern legen großen Wert auf ein stabiles Umfeld.
- Statt systematischer Vernachlässigung, wie sie in manchen Behördenberichten unterstellt wird, erleben wir engagierte Eltern, die trotz schwieriger Umstände ihr Bestes für ihre Kinder tun.

Diese positiven Aspekte werden in behördlichen Entscheidungen jedoch selten berücksichtigt, was zu einer einseitigen Bewertung der Lebensrealität von Roma-Familien führt.

### **Zusammenarbeit mit Jugendämtern und Sozialarbeit**

Die Zusammenarbeit zwischen Sozialberatungsstelle und Jugendamt gestaltet sich häufig herausfordernd:

- Eltern haben Angst vor der Behörde und melden erst spät den Hilfebedarf.
- Jugendämter nehmen oft zu wenig Rücksicht auf kulturelle und soziale Hintergründe.
- Fehlende Dolmetscher\*innen erschweren eine vertrauensvolle Kommunikation.

In vielen Fällen konnte die Sozialberatung als vermittelnde Instanz zwischen Familien und Behörden auftreten, um Eskalationen zu vermeiden und alternative Lösungen zu finden.

### **Präventive Maßnahmen zur Vermeidung von Inobhutnahmen**

Um das Risiko von Inobhutnahmen zu senken, sind präventive Maßnahmen unerlässlich. Die Sozialberatung setzt sich für folgende Strategien ein:

- Frühe Unterstützung der Eltern durch Sozialleistungen und Bildungsangebote, um strukturelle Benachteiligung abzumildern.
- Bessere Kooperation mit Jugendämtern, um Familien frühzeitig Alternativen aufzuzeigen.
- Mehrsprachige Aufklärungskampagnen, um Eltern über ihre Rechte und Pflichten zu informieren.
- Schaffung von Kriseninterventionsstellen, um Inobhutnahmen in akuten Fällen durch alternative Hilfsangebote zu vermeiden.

## **Ausblick**

Im Jahr 2025 wird die Sozialberatung verstärkt darauf hinarbeiten, dass Jugendämter stärker präventiv agieren und Familien frühzeitig unterstützt werden, bevor es zu drastischen Maßnahmen wie der Inobhutnahme kommt. Es wird angestrebt, mehr verbindliche Gespräche mit Jugendämtern zu führen, um klare Kriterien für Inobhutnahmen und alternative Hilfsmaßnahmen zu entwickeln. Darüber hinaus soll auch seitens der Kommune das Angebot an Schulungen für Sozialarbeiterinnen und Sachbearbeiterinnen der Jugendämter ausgeweitet werden, um eine höhere Sensibilität im Umgang mit Rom\*nja und Sinti\*zze zu schaffen.

## **11. Arbeit, Einkommen & Grundsicherung**

Als EU-Bürger\*innen haben rumänische Rom\*nja und Sinti\*zze das Recht, sich frei in Deutschland niederzulassen. In der Praxis ist dieses Recht jedoch durch wirtschaftliche Zwänge und rechtliche Hürden stark eingeschränkt. Der Aufenthalt ist an eine Arbeitsaufnahme geknüpft, ohne Beschäftigung besteht kein Anspruch auf Sozialleistungen. Dies führt viele in prekäre Lebenslagen. Zudem bleibt das Erreichen eines Daueraufenthaltsrechts nach fünfjährigem gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland für viele unerreichbar, da die wirtschaftliche Unsicherheit sie zwingt, immer wieder nach besseren Arbeitsmöglichkeiten in anderen Schengen-Staaten zu suchen. Diese Versuche scheitern jedoch häufig, sodass eine langfristige Existenzsicherung in Deutschland erschwert bleibt.

### **Arbeitsmarktintegration und Beschäftigungssituation**

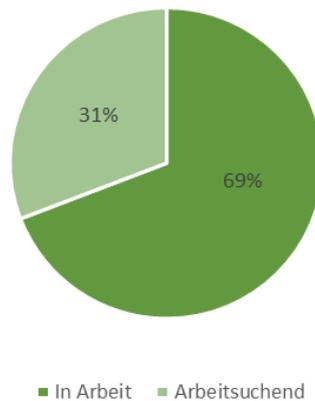
Die Mehrheit der Ratsuchenden arbeitet in unsicheren Niedriglohnbranchen. Viele müssen innerhalb eines Jahres mehrfach den Arbeitgeber wechseln, was dazu führt, dass Lohnabrechnungen oder Kündigungsnachweise nicht rechtzeitig vorgelegt werden können. Dies hat zur Folge, dass Jobcenter regelmäßig Leistungen stoppen oder Anträge ablehnen, da die Nachweise fehlen. Die häufigen Beschäftigungsunterbrechungen verhindern zudem, dass Ansprüche auf Arbeitslosengeld I (ALG I) entstehen, da die Anwartschaftszeit von zwölf Monaten selten erfüllt wird.

Selbst mit Arbeit reicht das Einkommen oft nicht aus:

- Aufstockende Leistungen durch das Jobcenter sind nahezu unvermeidlich, da viele nur in Teilzeit oder als Minijobber\*innen arbeiten.
- Arbeitgeber umgehen gesetzliche Verpflichtungen, indem sie Löhne unvollständig oder verspätet auszahlen.
- Kündigungen erfolgen oft mündlich und ohne schriftliche Bestätigung, was Leistungsanträge zusätzlich erschwert.

Diese strukturellen Probleme zwingen viele in einen Kreislauf aus kurzfristiger Beschäftigung, Einkommensunsicherheit und existenzieller Abhängigkeit vom Jobcenter.

Erwerbstätigkeit 2024



### Hürden im Sozialleistungssystem (SGB II & SGB XII)

Der Zugang zu Sozialleistungen ist mit erheblichen Hürden verbunden:

- Ohne ordnungsgemäße Lohnabrechnungen oder Kündigungsnachweise verzögern Jobcenter die Auszahlung von Leistungen oder lehnen Anträge ab.
- Die Bearbeitung von Bürgergeld-Anträgen zieht sich oft über Monate, wodurch viele in akute Not geraten.
- Bürokratische Anforderungen sind hoch, sodass Unterstützung bei Anträgen unerlässlich ist.
- EU-Bürger\*innen mit lückenhafter Erwerbsbiografie werden oft vollständig von Sozialleistungen ausgeschlossen, selbst wenn sie gearbeitet haben.

Diese restriktive Praxis verstärkt wirtschaftliche Unsicherheit und begünstigt informelle Arbeit, Ausbeutung und Arbeitsrechtsverstöße.

## Beratung zu Arbeitnehmerrechten

Um diesen Missständen entgegenzuwirken, bietet die Sozialberatung gezielte Unterstützung:

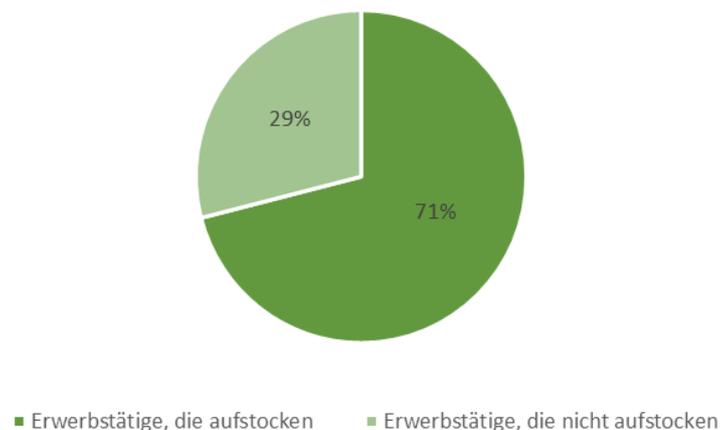
- Juristische Intervention bei Problemen mit Arbeitgebern, insbesondere bei verweigerter Lohnzahlung oder ungerechtfertigten Kündigungen.
- Unterstützung bei der Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten und der Geltendmachung ausstehender Gehälter.
- Hilfe bei Anträgen auf aufstockende Leistungen sowie Vermittlung bei Konflikten mit den Jobcentern.

## Ausblick

Im Jahr 2025 wird die Sozialberatung verstärkt darauf hinarbeiten:

- Arbeitsrechtliche Schulungen anzubieten, damit Ratsuchende ihre Rechte besser durchsetzen können.
- Den Druck auf Jobcenter zu erhöhen, damit fehlende Lohnabrechnungen oder Kündigungsnachweise nicht länger zur Verzögerung von Leistungen missbraucht werden, wie zum Beispiel Anträge auf vorläufige Bewilligung.
- Die Zusammenarbeit mit Initiativen zur Arbeitsmarktintegration auszubauen, um den Zugang zu stabileren Beschäftigungsverhältnissen zu erleichtern.

Prekäre Arbeitsverhältnisse



Selbst mit Erwerbseinkommen, müssen fast zwei Drittel der Beschäftigten aufstockende Leistungen in Anspruch nehmen. Die Mehrheit der Arbeitnehmer\*innen sind in der Reinigungsbranche oder dem Hoch- oder Tiefbau beschäftigt.

Solange Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Praxis an prekäre Beschäftigung und restriktive Sozialleistungen gekoppelt bleibt, werden viele Rom\*nja und Sinti\*zze weiterhin einem Kreislauf aus Armut, Ausbeutung und Unsicherheit ausgesetzt sein.

## 12. Schulden & Strafen

Verschuldung und strafrechtliche Sanktionen sind wachsende Probleme unter den Klient\*innen der Sozialberatung. Viele Ratsuchende haben bereits Einträge im Schuldnerverzeichnis, was ihre wirtschaftliche Situation weiter verschärft. Besonders problematisch sind Ersatzfreiheitsstrafen, die zu einer Inhaftierung führen können, wenn Geldstrafen nicht beglichen werden.

### Extrem hohe Schulden bei Energieversorgern und Krankenkassen

Die Sozialberatung verzeichnete im Jahr 2024 zunehmend extreme Schuldenbeträge bei Klient\*innen, insbesondere bei Energieversorgern und Krankenkassen.

- Zahlungsaufforderungen von Mainova und anderen Energieversorgern in Höhe von bis zu 30.000 Euro.
- Bei Krankenkassen beliefen sich die Zahlungsrückstände oft zwischen 6.000 und 13.000 Euro.

Diese hohen Schulden entstehen oft durch eine Verkettung aus fehlender finanzieller Absicherung, bürokratischen Hürden und fehlendem Zugang zu Sozialleistungen. Viele Klient\*innen sind mit der Situation überfordert und geraten in einen Teufelskreis aus Mahnungen, Inkassoverfahren und Vollstreckungsmaßnahmen. Gleichzeitig werden aber auch Abmeldefristen versäumt, wenn zum Beispiel eine Ausreise vorgenommen wird. Die Krankenkassen gehen dann von einer freiwilligen Versicherung aus, da in der BRD jede Person krankenversichert sein muss. Das führt zu versteckten Beitragskosten, die einfach aufsummiert werden, auch wenn die Person sich nicht mehr in der BRD aufhält und auch keine Krankenkassenleistungen in Anspruch nimmt. Das System der Krankenkassen kommt einem Abo gleich, welches einfach weiterläuft, wenn es nicht rechtzeitig gekündigt wird.

### Folgen der Verschuldung: Kein Strom, keine Heizung, kein Warmwasser

Viele Klient\*innen berichten, dass sie aufgrund unbezahlter Rechnungen von der Strom- und Gasversorgung abgeschnitten wurden.

- Kein Warmwasser, keine funktionierende Heizung im Winter und kein Licht sind keine Seltenheit.
- Besonders betroffen sind Familien mit Kindern, die unter diesen prekären Bedingungen leben müssen.
- Selbst wer eine eigene Wohnung hat, lebt oft unter unzumutbaren Bedingungen, weil Schulden eine Grundversorgung unmöglich machen.

Das Fehlen von Strom und Heizung hat massive Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit der Betroffenen und erschwert zudem die berufliche Integration.

### Betrügerische Haustürgeschäfte und Abo-Fallen

Besonders besorgniserregend ist die wachsende Zahl betrügerischer Haustürgeschäfte, von denen insbesondere Rom\*nja und Sinti\*zze betroffen sind. Dubiose Verkäufer treten oft mit gefälschten oder täuschend echten Logos bekannter Firmen wie der Telekom auf und drängen den Betroffenen überbewertete Dienstleistungen oder langfristige Verträge auf.

- Es werden vermeintlich günstige Angebote präsentiert, die in Wahrheit übertriebene Abos oder unnötige Zusatzleistungen beinhalten.
- Viele Betroffene erkennen das erst, was sie unterschrieben haben und die erste Mahnung mit hohen Nachforderungen im Briefkasten liegt.
- Diese unseriösen Vertragsabschlüsse führen zu unverschuldeter Verschuldung und oft zu langwierigen rechtlichen Auseinandersetzungen.

Da viele Klient\*innen über geringe Deutschkenntnisse verfügen und die Vertragsbedingungen nicht vollständig erfassen, sind sie besonders anfällig für solche Betrugsmaschen.

### **Ersatzfreiheitsstrafen & deren Auswirkungen**

Neben wirtschaftlichen Schulden gibt es auch eine steigende Zahl von Ratsuchenden, die von Ersatzfreiheitsstrafen bedroht sind.

- 2024 wurden mehrere Klient\*innen inhaftiert, weil sie Bußgelder nicht begleichen konnten.
- In manchen Fällen führten nicht gezahlte Geldstrafen zu mehrmonatigen Haftstrafen.
- Häufig versuchen Familienangehörige, das Geld in letzter Minute aufzubringen, um eine Inhaftierung zu verhindern.

Diese Entwicklungen zeigen, dass Armut und Verschuldung nicht nur finanzielle Probleme sind, sondern direkt zu Freiheitsentzug und existenzbedrohlichen Situationen führen können.

### **Unterstützung durch die Sozialberatung**

Die Beratungsstelle versucht in solchen Fällen, präventiv einzuschreiten:

- Beantragung von Ratenzahlungen bei Behörden und Gläubigern.
- Einrichtung von Pfändungsschutzkonten (P-Konten), um Sozialleistungen zu sichern.
- Vermittlung gemeinnütziger Arbeit, um eine Ersatzfreiheitsstrafe abzuwenden.
- Intervention bei Energieversorgern, um Strom- und Heizsperrern aufzuheben oder Zahlungspläne auszuhandeln.
- Aufklärung über Betrugsmaschen und Unterstützung bei der Anfechtung unseriöser Verträge.

Trotz dieser Bemühungen fehlt es an langfristigen, strukturellen Lösungen, um existenzielle Verschuldung und Energiearmut nachhaltig zu verhindern.

### **Ausblick**

Im Jahr 2025 wird die Sozialberatung verstärkt darauf hinarbeiten,

- eine gezielte Schuldenverweisberatung für Ratsuchende einzurichten, um Überschuldung frühzeitig zu vermeiden.
- mit Energieversorgern und Krankenkassen in den Dialog treten, um sozialverträgliche Lösungen für Betroffene zu schaffen.

- rechtliche Unterstützung auszubauen, um unrechtmäßige Forderungen und überhöhte Inkassogebühren anzufechten.
- alternativen zur Ersatzfreiheitsstrafe zu fördern, etwa durch gemeinnützige Arbeit oder Sozialprojekte.
- Aufklärungsmaßnahmen gegen betrügerische Vertragsabschlüsse zu intensivieren.

Die steigende Zahl an Überschuldungen, Energiearmut und Ersatzfreiheitsstrafen zeigt, dass dringend politische und strukturelle Lösungen erforderlich sind, um wirtschaftlich benachteiligte Gruppen vor einer weiteren Verschärfung ihrer Lage zu schützen.

### **13. Gesundheit & Pflege**

Der Zugang zur medizinischen Versorgung bleibt für viele Rom\*nja und Sinti\*zze eine zentrale Herausforderung. Viele Ratsuchende haben keine oder nur eine eingeschränkte Krankenversicherung, was ihre medizinische Versorgung erheblich erschwert. Besonders problematisch sind zudem psychische Belastungen, fehlende Therapieangebote und Hürden bei der Anerkennung von Pflegegraden.

#### **Zugang zur medizinischen Versorgung für nicht versicherte Klient\*innen**

Ein erheblicher Teil der Ratsuchenden ist nicht krankenversichert oder verliert den Versicherungsschutz aufgrund von bürokratischen Hürden oder fehlender Sozialleistungsbewilligungen.

- Menschen ohne Krankenversicherung sind oft auf die Humanitäre Sprechstunde des Gesundheitsamts oder die Elisabeth-Straßenambulanz angewiesen.
- Notwendige Behandlungen müssen häufig selbst finanziert werden, was für viele nicht möglich ist.
- Besonders problematisch ist die Situation für Kinder, da viele Praxen keine kostenlosen Behandlungen anbieten.

Die Sozialberatung muss in vielen Fällen als Vermittlungsstelle zwischen Patient\*innen und medizinischen Einrichtungen agieren, um den Zugang zu medizinischer Versorgung sicherzustellen.

#### **Psychische Belastungen durch Armut und Ausgrenzung**

Psychische Erkrankungen sind bei den Ratsuchenden weit verbreitet:

- Viele leiden unter psychosomatischen Beschwerden wie Kopfschmerzen, Magenproblemen und Hauterkrankungen.
- Frauen sind besonders von Depressionen betroffen, da sie sich oft mit der alleinigen Versorgung der Familie konfrontiert sehen.
- Kinder reagieren häufig mit Schulverweigerung oder sozialen Rückzug, da die Unsicherheit und Existenzängste ihrer Eltern auch sie belasten.

Therapieangebote sind für Rom\*nja und Sinti\*zze schwer zugänglich, da

- kaum muttersprachliche Therapeut\*innen verfügbar sind,
- die Wartezeiten auf Therapieplätze extrem lang sind,
- die Hemmschwelle, psychologische Hilfe anzunehmen, kulturell bedingt hoch ist.

### **Probleme bei der Anerkennung von Pflegegraden**

Viele Klient\*innen benötigen pflegerische Unterstützung, doch die Anerkennung eines Pflegegrads gestaltet sich oft schwierig.

- Gutachten des Medizinischen Dienstes erfolgen zunehmend nur noch über Fragebögen statt durch Hausbesuche.
- Viele Anträge werden aufgrund angeblich fehlender Nachweise abgelehnt, selbst wenn eine deutliche Pflegebedürftigkeit besteht.
- Besonders ältere Ratsuchende erhalten oft keine angemessene Unterstützung, da ihre gesundheitlichen Probleme als nicht schwerwiegend genug eingestuft werden.

Die Sozialberatung hilft Ratsuchenden dabei, Widersprüche gegen abgelehnte Pflegegradanträge einzulegen und begleitet sie durch das komplizierte Verfahren. Im Berichtszeitraum waren vier Pflegegradanträge erfolgreich. Zwei sind noch in Bearbeitung.

### **Ausblick**

Im Jahr 2025 wird die Sozialberatung verstärkt darauf hinarbeiten,

- einen besseren Zugang zur Gesundheitsversorgung für nicht versicherte Personen zu schaffen, insbesondere für Kinder und Schwangere.
- gezielte Aufklärungsarbeit zu psychischer Gesundheit anzubieten, um die Akzeptanz von Therapieangeboten zu erhöhen.
- rechtliche Unterstützung bei Pflegegradverfahren zu intensivieren, um ungerechtfertigte Ablehnungen zu verhindern.
- mit medizinischen Hilfsorganisationen enger zusammenzuarbeiten, um kurzfristige Notfallversorgung sicherzustellen.

Die steigenden gesundheitlichen Belastungen zeigen, dass dringend strukturelle Lösungen im Gesundheits- und Pflegesystem erforderlich sind, um Rom\*nja und Sinti\*zze nicht weiter zu benachteiligen.

### **14. Wohnen & Wohnsituation**

Die Wohnsituation von Rom\*nja und Sinti\*zze in Frankfurt bleibt kritisch und von struktureller Benachteiligung geprägt. Mehr als die Hälfte der Klient\*innen hat keine eigene Wohnung und ist auf Unterkünfte der Stadt, Wohnheime oder private Notlösungen angewiesen. Trotz bestehender gesetzlicher Verpflichtungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit werden immer mehr Roma-Familien in Massenunterkünften (Turnhallen) ohne jegliche Privatsphäre untergebracht. Gleichzeitig haben langjährig obdachlose Einzelpersonen kaum Zugang zu angemessenem Wohnraum.

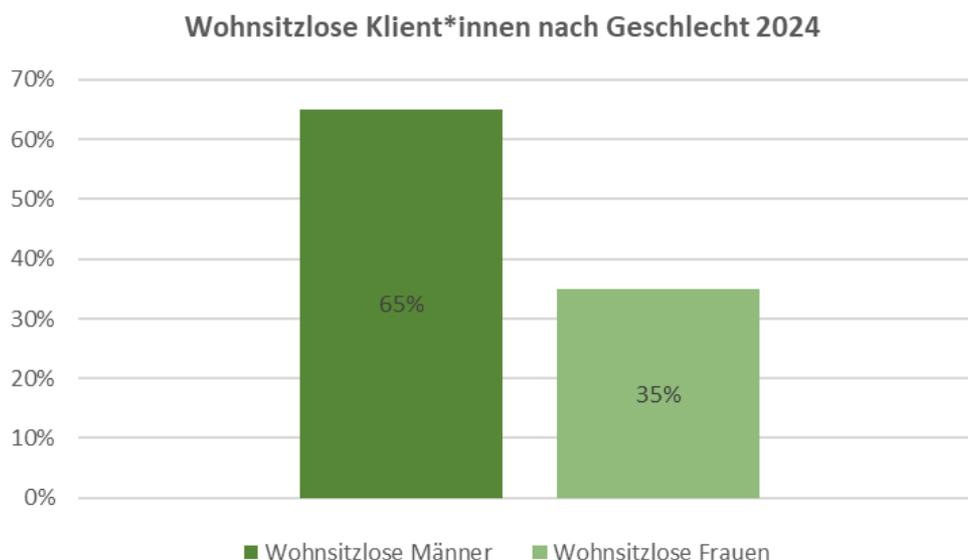
Im Jahr 2024 waren ca. 5 % der Klient\*innen die die Beratungsstelle aufgesucht haben wohnsitzlos. Der Anteil der männlichen Klienten ohne Wohnung liegt bei 65%. Entsprechend 35% sind obdachlose Frauen.

### **Wohnungslose alleinstehende Männer: Keine Perspektive auf Wohnraum**

Langjährige, obdachlose alleinstehende Männer stehen vor besonders hohen Hürden, um eine Wohnung zu erhalten.

- Oft können sie keine lückenlose Erwerbsbiografie nachweisen, was sie von vielen Hilfsangeboten ausschließt.
- Ohne eine nachgewiesene fünfjährige Meldebescheinigung verlieren viele den Zugang zu Sozialleistungen und Wohnhilfe
- Jobcenter und Sozialamt verweisen Betroffene auf Notunterkünfte, die jedoch nur als kurzfristige Lösung gedacht sind oder bieten unbürokratische Rückkehrhilfen an. In der Praxis bedeutet das, dass die Betroffenen ein Zugticket für die Rückreise in das Heimatland erhalten.

Für viele bedeutet dies, dass sie über Jahre hinweg obdachlos bleiben, da ihnen jeglicher Zugang zu regulärem Wohnraum verweigert wird.



### **Hürden bei der Vergabe von Sozialwohnungen**

Das Amt für Wohnungswesen Frankfurt vergibt Sozialwohnungen nur unter bestimmten Bedingungen:

- Bewerber\*innen müssen mindestens ein Jahr ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Frankfurt nachweisen, bevor sie antragsberechtigt sind.
- Wohnungen werden nach einem Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren vergeben, bei dem viele trotz mehrfacher Bewerbungen wenig Chance haben.

Die Nachfrage übersteigt das Angebot bei Weitem:

- Aktuell gibt es 22.000 Anträge auf Sozialwohnungen in Frankfurt.
- 12.000 Haushalte gelten als Dringlichkeitsstufe 1, da sie keine eigene Wohnung haben und in Notunterkünften, Wohnheimen oder Hotels untergebracht sind.
- Familien mit mehr als fünf Personen warten oft mehr als sechs Jahre auf eine passende Sozialwohnung.

Auf dem privaten Wohnungsmarkt sind größere Wohnungen für Roma-Familien kaum zu finden, da:

- die Mietpreise regelmäßig über den bewilligten Mietspiegeln der Jobcenter und Sozialämter liegen.
- Vermieterinnen oft Vorurteile gegen Sozialleistungsempfängerinnen haben und Bewerbungen direkt ablehnen.
- Einige Vermieter\*innen die Notlage gezielt ausnutzen, indem sie Mietzahlungen in bar fordern und diese nicht offiziell verbuchen und/oder Wohnungen über Untermietverträge illegal weitervermieten, ohne Genehmigung der Eigentümer\*innen.

Kommt diese Praxis ans Licht, droht den Mieter\*innen oft die fristlose Kündigung, wodurch sie erneut in die Obdachlosigkeit gedrängt werden.

### **Restriktive Praxis der Wohnungsbaugesellschaften & Zwangsräumungen**

Selbst Mieter\*innen in Sozialwohnungen sind nicht sicher vor Wohnungsverlust:

- Die ABG Holding (städtische Wohnbaugesellschaft) agiert besonders strikt:
- Bereits bei zwei Monaten Mietrückstand folgt eine fristlose Kündigung.
- Kurz danach wird eine Räumungsklage eingereicht.

Diese Praxis trifft besonders Roma-Familien, die oft auf Jobcenter-Leistungen für die Mietzahlung angewiesen sind.

- Sobald nur ein einziges Dokument fehlt – etwa ein aktueller Kontoauszug – stoppen die Jobcenter die Mietzahlungen sofort.
- Dadurch entstehen Zahlungsrückstände, die direkt zur Kündigung führen, obwohl die Mieter\*innen selbst keine Schuld trifft.

Diese restriktive Handhabung ist nicht angemessen und führt dazu, dass immer mehr Roma-Familien ihre Wohnung verlieren.

Die Sozialberatung fordert daher, dass Jobcenter in Vorleistung treten müssen, um Mietschulden und die damit verbundenen Räumungsklagen zu verhindern. Dies ist jedoch regelmäßig nicht der Fall, sodass viele Betroffene in eine Abwärtsspirale aus Mietrückständen, Wohnungsverlust und schließlich Obdachlosigkeit geraten.

## Ausblick

Im Jahr 2025 wird die Sozialberatung verstärkt darauf hinarbeiten,

- den Zugang zu Sozialwohnungen über das Amt für Wohnungswesen zu intensivieren und eine gezielte Unterstützung für Klient\*innen bei Bewerbungen anzubieten.
- Vermieter\*innen für faire Mietverträge und reguläre Mietzahlungen zu sensibilisieren, um die Ausbeutung durch Untermietverträge zu verhindern.
- eine politische Debatte über eine Mietgarantie durch Jobcenter anzustoßen, um existenzbedrohende Zwangsräumungen zu reduzieren.

Ohne tiefgreifende strukturelle Änderungen bleibt die Wohnsituation für viele Rom\*nja und Sinti\*zze weiterhin herausfordernd, mit wenig Aussicht auf nachhaltige Lösungen.

## 15. Aufenthalt & Rechtliches

Für viele Rom\*nja und Sinti\*zze bleibt der rechtliche Status in Deutschland unsicher. Zwar genießen sie als EU-Bürger\*innen gemäß **Art. 21 AEUV** das Recht auf Freizügigkeit und nach **Art. 45 AEUV** die Arbeitnehmerfreizügigkeit, doch ist ihr Aufenthaltsrecht oft an spezifische Voraussetzungen geknüpft, die in der Praxis schwer zu erfüllen sind. Besonders problematisch ist, dass viele trotz langjährigem Aufenthalt kein gesichertes Aufenthaltsrecht erwerben können.

### Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit

Grundsätzlich können EU-Bürger\*innen in jedem Mitgliedstaat eine Beschäftigung aufnehmen, ohne eine Arbeitserlaubnis zu benötigen (**Art. 45 AEUV**). In Deutschland unterliegt die Arbeitnehmerfreizügigkeit jedoch erheblichen Einschränkungen:

- **Nachweispflicht der Erwerbstätigkeit**  
Eine Freizügigkeitsberechtigung setzt eine „echte und tatsächliche“ wirtschaftliche Tätigkeit voraus (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 FreizügG/EU). Erwerbstätigkeiten mit geringem Einkommen oder geringer Stundenzahl (unter 10 Stunden pro Woche) werden oft als „marginal“ eingestuft und nicht als Grundlage für ein Aufenthaltsrecht anerkannt.
- **Verlust des Aufenthaltsrechts**  
Wird eine Beschäftigung als unzureichend angesehen oder endet sie, entfällt das Aufenthaltsrecht. Besonders betroffen sind prekär Beschäftigte in befristeten oder unregelmäßigen Arbeitsverhältnissen.
- **Ausschluss von Sozialleistungen**  
Personen, die nicht als Arbeitnehmer\*innen anerkannt werden oder deren Aufenthalt sich allein auf die Arbeitssuche stützt, sind gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II von Leistungen wie dem Bürgergeld ausgeschlossen.

Diese Regelungen führen häufig dazu, dass Rom\*nja und Sinti\*zze trotz formaler Freizügigkeitsrechte faktisch keinen gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland erlangen.

## Weitere rechtliche und administrative Hürden

- **Meldeadressen und Zugang zu Sozialleistungen**  
Fehlende Meldeadressen verhindern den Zugang zu Sozialleistungen und erschweren den Eintritt in den Arbeitsmarkt, da eine Wohnsitzanmeldung oft als Voraussetzung für Sozialansprüche gilt.
- **Restriktive Verwaltungspraxis**  
Aufenthaltsrechte werden zunehmend restriktiv ausgelegt. Behörden entziehen Freizügigkeitsberechtigungen, statt sie zu sichern, was insbesondere Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen trifft.
- **Erschwerte Einbürgerung und Problematik der Staatenlosigkeit**  
Trotz langjährigem Aufenthalt in Deutschland ist der Zugang zur Staatsbürgerschaft für viele Romnja und Sintizze mit hohen bürokratischen Hürden verbunden. Viele können die formalen Anforderungen, insbesondere den Nachweis von Einkommen und Wohnsitzkontinuität, nicht erfüllen. Besonders schwierig ist die Situation für staatenlose Roma, die weder auf EU-Freizügigkeitsrechte noch auf reguläre Einbürgerungsverfahren zurückgreifen können.
- **Fehlendes Daueraufenthaltsrecht trotz jahrzehntelangem Aufenthalt**  
Nach § 4a FreizügG/EU kann ein Daueraufenthaltsrecht erst nach fünf Jahren ununterbrochenem und rechtmäßigem Aufenthalt erworben werden. Da viele Roma aufgrund prekarierteter Wohnverhältnisse oder Unterbrechungen in der Erwerbstätigkeit keine lückenlose Wohnsitzmeldung vorweisen können, verbleiben sie trotz Jahrzehnten in Deutschland ohne diesen Status. Dies führt dazu, dass sie weiterhin Unsicherheiten ausgesetzt sind und regelmäßig ihr Aufenthaltsrecht nachweisen müssen.
- **Digitalisierung von Behörden als zusätzliche Hürde**  
Die zunehmende Digitalisierung von Jobcentern und Ausländerbehörden erschwert den Zugang zu Verwaltungsleistungen für nicht digital affine oder sprachlich benachteiligte Personen, anstatt Erleichterungen zu schaffen.
- **Verstärkte Überprüfungen des Aufenthaltsrechts**  
Seit 2024 nehmen die Ausländerbehörden verstärkt Kontrollen des Aufenthaltsstatus vor, insbesondere infolge von Meldungen durch Jobcenter. Diese Praxis führt in vielen Fällen zu einer kritischen Überprüfung oder Aberkennung des Aufenthaltsrechts und somit zu existenziellen Unsicherheiten.

## Ausländerbehörde: Digital, aber unzugänglich

Seit Ende 2023 ist die Ausländerbehörde Frankfurt nur noch online erreichbar. Das sollte den Zugang erleichtern – doch das Gegenteil ist der Fall:

- Die Website ist unübersichtlich und in komplizierter Behördensprache verfasst.
- Es gibt keine Übersetzungen, sodass nicht deutschsprachige Ratsuchende sich nicht zurechtfinden.
- Falsch ausgefüllte Anträge werden ignoriert oder als Betrugsversuch gewertet.
- Ein direkter Kontakt ist nicht möglich – weder per Telefon noch per E-Mail.

Selbst Fachberatungen haben Schwierigkeiten, die richtigen Formulare zu finden oder Anträge korrekt zu stellen. Für die meisten Ratsuchenden bleibt als einziger Weg die schriftliche Kontaktaufnahme per Post, was zu langen Wartezeiten führt.

### **Jobcenter: Digital, aber kompliziert**

Seit Dezember 2024 sind auch die Jobcenter in Frankfurt nur noch digital erreichbar. Zwar ist die Plattform etwas nutzerfreundlicher als die der Ausländerbehörde, doch auch hier gibt es große Probleme:

- Es fehlen Übersetzungen, was den Zugang für viele Ratsuchende unmöglich macht.
- Für die Registrierung wird eine elektronische ID-Karte benötigt, die beim Bürgeramt für 37 Euro beantragt werden muss – eine Summe, die sich viele nicht leisten können.
- Die Anmeldung ist kompliziert und setzt digitale Vorkenntnisse voraus, die viele nicht haben.

Zusätzlich melden Jobcenter seit 2024 automatisch jeden Antrag auf Bürgergeld an die Ausländerbehörde, die daraufhin verstärkt das Aufenthaltsrecht überprüft. Dies führt zu erheblichen Belastungen für die Betroffenen:

- Sie müssen umfangreiche Dokumente und Nachweise erbringen, um ihr Aufenthaltsrecht zu sichern.
- Die Verfahren sind langwierig und bürokratisch, oft mit existenzbedrohenden Konsequenzen.
- Viele Ratsuchende erleben die verstärkte Kontrolle als Einschüchterung und Verunsicherung.

Selbst Fachberatungen haben Mühe, für ihre Klient\*innen Zugänge zu erstellen. Wer es nicht schafft, bleibt auf den Postweg angewiesen, was die Antragsbearbeitungen erheblich verzögert.

### **Fehlende Erreichbarkeit der Sachbearbeiter\*innen**

Wer Bürgergeld beantragt, erhält irgendwann ein Mitwirkungsschreiben mit einer Bedarfsgemeinschaftsnummer (BGNR) und dem Namen der zuständigen Sachbearbeitung. Doch das hilft wenig:

- Telefonisch ist kaum jemand erreichbar, auch wenn eine Durchwahl angegeben ist.
- E-Mails werden nicht bearbeitet.
- Wer Fehler in der digitalen Antragstellung macht, muss oft Wochen oder Monate auf eine Reaktion warten.

Das führt dazu, dass viele Antragsteller\*innen ohne Geld dastehen, weil Anträge unbearbeitet bleiben.

### **Staatenlosigkeit: Ein Leben ohne Papiere**

Ein weiteres gravierendes Problem ist die Staatenlosigkeit vieler Roma-Familien.

- Die Sozialberatung betreut derzeit acht Familien, die offiziell als staatenlos gelten.
- Kinder aus diesen Familien übernehmen den Status ihrer Eltern, was bedeutet, dass auch sie keine Staatsangehörigkeit haben.

- Ohne Papiere gibt es keine Reisedokumente, keinen gesicherten Aufenthaltsstatus und keinen Zugang zu Sozialleistungen.

Für viele dieser Familien ist keine Lösung in Sicht, da das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht hohe Hürden für die Anerkennung staatenloser Personen setzt.

### **Restriktive Behördenpraxis & aufenthaltsrechtliche Unsicherheit**

Wer in Deutschland lebt, aber keine lückenlose Erwerbsbiografie vorweisen kann, gerät leicht in eine rechtliche Grauzone.

- EU-Bürger\*innen, die weniger als ein Jahr gearbeitet haben, verlieren nach sechs Monaten oft ihren Anspruch auf Sozialleistungen.
- Ohne Einkommen entfällt das Aufenthaltsrecht – ein Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, Sozialleistungsausschluss und drohender Obdachlosigkeit.
- Viele Anträge auf Sozialleistungen oder Aufenthaltstitel werden systematisch abgelehnt, oft mit bürokratischen Begründungen, die für Betroffene nicht nachvollziehbar sind.

Die Sozialberatung hat in mehreren Fällen erfolgreich Klagen gegen ungerechtfertigte Ablehnungen geführt, doch der Kampf gegen Behördenwillkür bleibt mühsam.

### **Hürden bei der Einbürgerung**

Viele Rom\*nja leben seit Jahrzehnten in Deutschland, doch die Einbürgerung bleibt für sie unerreichbar:

- Wer Sozialleistungen bezieht, kann sich nicht einbürgern lassen.
- Die Nachweispflicht für Meldeadressen oder durchgehende Erwerbstätigkeit ist für viele nicht erfüllbar.
- Einige Herkunftsstaaten verweigern Dokumente, sodass der Status unklar bleibt.

Ohne Einbürgerung bleibt die rechtliche Unsicherheit bestehen – mit Folgen für ganze Familien.

### **Ausblick**

Im Jahr 2025 wird die Sozialberatung verstärkt darauf hinarbeiten:

- Den Zugang zu digitalen Behörden transparenter zu machen, insbesondere durch Begleitung bei Online-Anträgen.
- Rechtliche Unterstützung für Klient\*innen mit Aufenthaltsproblemen auszubauen, insbesondere bei drohendem Verlust des Aufenthaltsrechts.
- Gegen die restriktive Behördenpraxis vorzugehen, indem problematische Fälle dokumentiert und juristisch angefochten werden.
- Möglichkeiten zur Einbürgerung für langjährig in Deutschland lebende Rom\*nja und Sint\*izze auszuloten, um ihnen dauerhafte Aufenthaltsperspektiven zu ermöglichen.
- Unterstützung beim Beantragen einer Daueraufenthaltskarte über die Ausländerbehörde.

Die verstärkten Überprüfungen des Aufenthaltsrechts durch die Ausländerbehörde sind eine direkte Folge der veränderten politischen Landschaft in Deutschland. Sie führen zu zusätzlicher Unsicherheit für ohnehin benachteiligte Gruppen und verstärken die soziale Ausgrenzung. Ohne grundlegende Reformen bleibt für viele Betroffene die Situation unverändert – mit kaum einer Möglichkeit, sich eine rechtliche und soziale Sicherheit aufzubauen.

## **16. Sicherheit & Antiziganismus**

Antiziganismus ist für Rom\*nja und Sinti\*zze weiterhin eine alltägliche Realität. Diskriminierung begegnet ihnen in allen Lebensbereichen: auf der Straße, in Behörden, auf dem Wohnungsmarkt und im Arbeitsleben. Besonders häufig sind:

- Racial Profiling durch die Polizei, das zu überproportionalen Kontrollen von Roma führt.
- Strukturelle Diskriminierung bei Sozialleistungen und im Jobcenter, wo Anträge von Roma häufiger abgelehnt oder verzögert werden.
- Negative mediale Berichterstattung, die Roma oft mit Kriminalität in Verbindung bringt.
- Angriffe und feindliche Stimmung gegenüber Roma in der Öffentlichkeit, befeuert durch rechtspopulistische Narrative.

### **Dokumentierte Fälle von Antiziganismus 2024**

Im Jahr 2024 hat die Beratungsstelle etliche Fälle von Antiziganismus dokumentiert, die im MIA Hessen Jahresbericht veröffentlicht werden.

- Die meisten Vorfälle ereigneten sich in Behörden, insbesondere bei Sozialämtern, der Ausländerbehörde und den Jobcentern.
- Polizeikontrollen und Verdachtsmeldungen führten in mehreren Fällen zu ungerechtfertigten Bußgeldern oder Verfahren gegen Roma-Klient\*innen.
- Auf dem Wohnungsmarkt wurden Roma-Familien systematisch abgelehnt oder erhielten nur überbezahlte Angebote in prekären Wohnverhältnissen.

Viele Betroffene berichten, dass sie sich gegen diese Diskriminierung nicht wehren können, weil sie befürchten, dadurch noch mehr Probleme mit Behörden oder der Polizei zu bekommen.

### **Polizeikontrollen & kriminalisierende Behördenpraxis**

Die verstärkte Polizeipräsenz im Bahnhofsviertel Frankfurt betrifft Roma besonders.

- Im Jahr 2024 fanden keine Polizeikontrollen mehr vor der Beratungsstelle statt, bei denen Klient\*innen ohne ersichtlichen Grund überprüft wurden. Dennoch wurden verstärkt suchtbetroffene und obdachlose Personen im Umfeld der Beratungsstelle kontrolliert. Roma werden überproportional oft mit Verdachtsmomenten konfrontiert, obwohl keine Vergehen vorliegen.
- Eine Beschwerde durch den Förderverein Roma e.V. wurde von der Polizei entgegengenommen und führte zu einer Entspannung der Lage – dennoch bleibt das Problem im Kern bestehen.
- Im Zuge der Fußballveranstaltungen wurden im Bahnhofsviertel mobile Überwachungskameras installiert, darunter eine in etwa 100 Metern Entfernung zur Beratungsstelle. Nach der Weltmeisterschaft wurden diese Kameras nicht entfernt, sondern

dauerhaft als fester Bestandteil der Überwachungsinfrastruktur verankert. Eine mögliche Überwachung der Sozialberatung kann daher nicht ausgeschlossen werden. Eine Nachbarschaftsinitiative strebt in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Roma e.V. eine Klage gegen die Installation der Überwachungskamera an. Besonders auffällig ist, dass Roma bei Sozialämtern und Jobcentern restriktiver behandelt werden.

- Anträge auf Sozialleistungen werden häufiger abgelehnt oder verzögert bearbeitet.
- In Medienberichten über Kriminalität oder Armut werden Roma überproportional oft negativ dargestellt, wodurch sich Vorurteile weiter verfestigen.

### **Sicherheit im öffentlichen Raum & Schutz vor Gewalt**

Viele Roma-Familien berichten, dass sie sich im öffentlichen Raum nicht sicher fühlen.

- In öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf der Straße erleben sie Anfeindungen, oft begleitet von rassistischen Kommentaren.
- In Behörden oder Ämtern begegnen sie offener Ablehnung oder unangemessenen Bemerkungen, wie „ihr seid doch sowieso nicht lange da“ oder ähnliches.
- Gerade Frauen und Kinder werden oft abwertend behandelt oder nicht ernst genommen.

Ein zentrales Problem ist die anhaltende Gefahr durch rechtsextreme Tendenzen in Deutschland.

- Laut der Mitte-Studie 2023 der Friedrich-Ebert-Stiftung haben antiziganistische Einstellungen zugenommen.
- Fast ein Drittel der Befragten hält Roma für kriminell – ein erschreckend hoher Wert.
- Rechtsextreme Gruppen fordern zunehmend Maßnahmen zur „Remigration“, die Roma explizit mit einbeziehen.

### **Antiziganismus-Dokumentation durch die MIA-Stelle**

Seit September 2023 gibt es in der Beratungsstelle die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA).

- Hier können Betroffene rassistische Vorfälle melden, die dokumentiert und statistisch ausgewertet werden.
- Viele Roma haben Angst, Diskriminierung zu melden, weil sie befürchten, dass sich ihre Situation dadurch verschlechtert.
- In 2023 wurden hessenweit 113 Fälle erfasst, was nur ein Bruchteil der tatsächlichen Vorfälle darstellt.

Die Herausforderung bleibt, dass viele Betroffene gelernt haben, sich mit Diskriminierung zu arrangieren, weil sie aus Erfahrung wissen, dass es oft keine Konsequenzen für die Täter gibt.

### **Ausblick**

Im Jahr 2025 wird die Sozialberatung verstärkt darauf hinarbeiten,

- Fälle von Antiziganismus konsequent weiter zu dokumentieren und politisch zur Sprache zu bringen (MIA).
- Die Zusammenarbeit mit der Polizei zu intensivieren, um rassistische Kontrollen und Diskriminierung einzudämmen.

- Sensibilisierungskampagnen zu verstärken, um Vorurteile in Behörden und der Öffentlichkeit abzubauen.
- Schutzmaßnahmen für Roma-Familien zu entwickeln, um ihnen mehr Sicherheit im öffentlichen Raum zu geben.

Antiziganismus bleibt ein strukturelles Problem, das nur durch konsequente politische Arbeit und Aufklärung bekämpft werden kann.

## **17 Netzwerkarbeit & Kooperationen**

Die Sozialberatung des Fördervereins Roma e.V. ist in ein breites Netzwerk sozialer, rechtlicher und politischer Akteur\*innen eingebunden. Der Austausch mit anderen Organisationen ist essenziell, um strukturelle Diskriminierung zu bekämpfen und den Zugang zu Unterstützungsangeboten zu verbessern.

Im Jahr 2024 wurde die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern weitergeführt und intensiviert. Die wichtigsten Kooperationspartner sind:

- Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) zur Dokumentation rassistischer Diskriminierung.
- Das Antidiskriminierungsnetzwerk Hessen (ADiBe) für juristische Beratung und politische Aufklärungsarbeit.
- Faire Mobilität Frankfurt zur Unterstützung von Roma-Arbeitnehmer\*innen, die von Lohnbetrug und prekären Arbeitsbedingungen betroffen sind.
- Das Kinderbüro Frankfurt für Beratungen zu Kinderrechten und Schutzmaßnahmen.
- Das Roma-Netzwerk Deutschland, das auf bundesweiter Ebene Antiziganismus dokumentiert und politische Forderungen entwickelt.
- Der Arbeitskreis Kritische Feministische Soziale Arbeit (AKFS), der sich für die Rechte von Gewalt betroffenen Frauen einsetzt und die Gründung eines Schutzhauses nach den Vorgaben der Istanbul-Konvention plant.

## **Zusammenarbeit mit Behörden & Justiz**

Trotz der oft konfliktbeladenen Erfahrungen mit Sozialämtern, Jobcentern und der Ausländerbehörde ist eine Kooperation mit diesen Institutionen unerlässlich.

- Regelmäßige Gespräche mit dem Jobcenter haben dazu beigetragen, dass in einigen Fällen Sanktionen gegen Roma-Klient\*innen verhindert werden konnten.
- Mit dem Sozialamt BD3 gab es 2024 verstärkte Verhandlungen, um eine gerechtere Vergabe von Unterkünften zu ermöglichen – mit mäßigem Erfolg.
- Die Polizei Frankfurt suchte 2023 verstärkt den Dialog mit sozialen Trägern, nachdem es Beschwerden über diskriminierende Polizeikontrollen gab.

Ungeachtet dieser Bemühungen bleibt die Zusammenarbeit mit Behörden oft schwierig. Viele Ämter zeigen wenig Sensibilität für die Lebensrealität von Roma-Familien.

## **Teilnahme an Fachtagungen & politischen Netzwerken**

Um Antiziganismus sichtbar zu machen, hat die Beratungsstelle 2024 an mehreren Fachtagungen und politischen Netzwerktreffen teilgenommen:

- Die MIA Bundeskonferenz und MIA Hessen Regionalkonferenz 2024, auf der Auszüge der dokumentierten Fälle der Beratungsstelle von Antiziganismus vorgestellt wurden.
- Der Hessische Antidiskriminierungsgipfel, auf dem Strategien gegen Racial Profiling und strukturelle Diskriminierung diskutiert wurden.
- Die Roma-Strategietagung in Berlin, bei der Vertreter\*innen aus verschiedenen Bundesländern über neue Maßnahmen für die soziale Teilhabe von Roma berieten.
- Arbeitskreis Kritische Feministische Soziale Arbeit (AKFS): Der Förderverein Roma e. V. ist Teil dieses Netzwerks, das sich für die Rechte von gewaltbetroffenen Frauen einsetzt und ein Schutzhaus plant, das nach den Standards der Istanbul-Konvention gestaltet wird.

## **Öffentlichkeitsarbeit & politische Einflussnahme**

Ein zentraler Bestandteil der Netzwerkarbeit ist die Öffentlichkeitsarbeit. Ziel ist es, Vorurteile gegenüber Roma abzubauen und die gesellschaftliche Wahrnehmung zu verändern.

- Pressearbeit & Medienkampagnen: Die Beratungsstelle gab 2024 mehrere Interviews zu den Themen Antiziganismus, Arbeitsmarktintegration und prekäre Wohnverhältnisse.
- Social Media & digitale Aufklärung: Über soziale Medien wurden Beiträge zur Situation von Roma in Frankfurt verbreitet (MIA Hessen - Instagram).
- Proteste und politische Aktionen: Gemeinsam mit ADiBe und dem Roma-Netzwerk wurden 2024 Proteste gegen rassistische Behördenpraktiken organisiert.

## **Ausblick**

Im Jahr 2025 soll die Netzwerkarbeit weiter ausgebaut werden. Geplante Maßnahmen sind:

- Intensivierung der politischen Arbeit, um die Rechte von Roma stärker in den Fokus zu rücken.
- Erweiterung der Kooperation mit Behörden, um strukturelle Diskriminierung gezielt zu bekämpfen.
- Stärkere Vernetzung mit bundesweiten Roma-Organisationen, um politische Forderungen auf eine breitere Ebene zu heben.
- Unterstützung des AKFS beim Aufbau eines Schutzhauses für gewaltbetroffene Frauen, das insbesondere auch Roma-Frauen zugutekommen soll.
- Einrichtung eines Roma-Gemeindezentrums, das langfristig als Anlaufstelle für die Community dienen soll.

Netzwerkarbeit bleibt ein wichtiger Bestandteil der Sozialberatung, um Roma in Frankfurt eine stärkere Stimme in Politik und Gesellschaft zu geben.

## 18. Fazit

Das Jahr 2024 war für die Sozialberatung des Fördervereins Roma e.V. von zahlreichen Herausforderungen, aber auch wichtigen Fortschritten geprägt. Die Nachfrage nach sozialrechtlicher Beratung, Unterstützung im Bereich Arbeitsmarktintegration und Schutz vor Diskriminierung ist weiter gestiegen. Gleichzeitig erschwerten neue bürokratische Hürden, die Digitalisierung der Behörden und fehlende soziale Wohnangebote die Situation vieler Roma-Familien erheblich.

### Wichtige Entwicklungen & Erfolge 2024

- Anstieg der Beratungen auf über 4.000 Fälle, was die wachsende Bedeutung der Sozialberatung in Frankfurt unterstreicht.
- Im Zuge der Modernisierung und Weiterentwicklung der Sozialberatung wurden sowohl die Bürostrukturen als auch die Arbeitsprozesse optimiert. Dadurch konnte das digitale Aktenmanagement weiter verbessert und ausgebaut werden. Zudem wurden zwei muttersprachliche rumänische Dolmetscherinnen nach einer intensiven Einarbeitungsphase und praxisnahen Schulung mit verantwortungsvollen administrativen Aufgaben betraut. Durch ihre Tätigkeit leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur effizienten Bearbeitung der über 4.000 Beratungen jährlich und ermöglichen insbesondere dadurch die hohe Anfragenquote zu bewältigen.
- Ausbau der Antidiskriminierungsarbeit durch die MIA-Stelle, die im Berichtszeitraum dokumentierten Fälle von Antiziganismus werden im MIA Hessen Jahresbericht veröffentlicht.
- Erweiterung der Postablage auf 60 Adressen, um mehr Klient\*innen eine sichere Möglichkeit zur Kommunikation mit Ämtern zu bieten.
- Intensivere Netzwerkarbeit mit dem Arbeitskreis Kritische Feministische Soziale Arbeit (AKFS), um gewaltbetroffene Frauen nach der Istanbul-Konvention zu unterstützen und langfristig ein Schutzhaus zu etablieren.
- Erhöhte politische Sichtbarkeit und Teilnahme an relevanten Fachtagungen, um strukturelle Probleme öffentlich zu benennen und Lösungen einzufordern.

### Herausforderungen 2024

Trotz dieser Fortschritte standen Roma-Familien weiterhin vor enormen Schwierigkeiten:

- Digitale Barrieren: Die Digitalisierung der Ausländerbehörde und der Jobcenter führte dazu, dass viele Klient\*innen ohne digitale Kompetenzen oder finanzielle Mittel zur Anschaffung einer eID-Karte von Sozialleistungen ausgeschlossen blieben.
- Wohnungskrise: Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnverhältnisse nahmen weiter zu, da Sozialwohnungen rar sind und private Vermieter\*innen häufig Roma-Familien diskriminieren.
- Restriktive Sozialleistungspraxis: Viele Roma-Klient\*innen mussten monatelang auf dringend benötigte Unterstützung warten, da Anträge systematisch verzögert oder abgelehnt wurden.
- Repressive Sicherheitsmaßnahmen: Die verstärkte Polizeipräsenz im Bahnhofsviertel führte weiterhin zu Kontrollen von Roma, oft ohne ersichtlichen Grund.

- **Ausländerrechtliche Überprüfungen:** Seit 2024 meldet das Jobcenter jeden Antrag auf Sozialleistungen direkt an die Ausländerbehörde. Diese verschärfte Praxis setzt EU-Bürger\*innen unter zusätzlichen Druck, da sie umfangreiche Dokumente zur Bestätigung ihres Aufenthaltsrechts vorlegen müssen. Dies führt zu großer Verunsicherung und belastet die Betroffenen erheblich.
- **Zunehmende populistische Politik:** Die Verschärfung der Behördenpraxis ist eine direkte Folge des politischen Rechtsrucks in Deutschland, der sich zunehmend auf die Gesetzgebung und Verwaltungspraxis auswirkt. Besonders betroffen von restriktiven Maßnahmen sind marginalisierte Gruppen wie Roma.

## 19 Schwerpunkte der Sozialberatung im kommenden Jahr

Im Jahr 2025 wird die Sozialberatung des Fördervereins Roma e.V. ihre Arbeit gezielt weiterentwickeln und folgende Schwerpunkte setzen:

- **Professionalisierung der Sozialberatung:** Weiterentwicklung digitaler Beratungsmöglichkeiten und Optimierung der Fallbearbeitung – mit dem Fokus, besonders Rom\*nja ohne digitale Kompetenzen umfassend zu unterstützen.
- **Erweiterte rechtliche Unterstützung:** Intensivierung der rechtlichen Beratung, insbesondere zu Sozialleistungen, Diskriminierungsschutz und Aufenthaltsrecht, um die Rechte der Roma-Klient\*innen nachhaltig zu stärken.
- **Hilfe beim Erwerb eines Daueraufenthaltsrechts:** Begleitung langjährig in Deutschland lebender Roma, die aufgrund fehlender Wohnsitzkontinuität bislang kein Daueraufenthaltsrecht gemäß § 4a FreizügG/EU erwerben konnten.
- **Unterstützung staatenloser Roma:** Ausweitung der Beratungsangebote für Roma ohne anerkannte Staatsangehörigkeit, um individuelle Lösungswege zu entwickeln und strukturelle Hürden zu überwinden.
- **Bekämpfung von strukturellem Rassismus und Behördenwillkür (MIA):** Die Melde- und Informationsstelle für Antiziganismus (MIA), die an die Sozialberatung angegliedert ist, dokumentiert antiziganistische Vorfälle und setzt sich für deren Aufarbeitung ein. Zudem werden Maßnahmen zur Bekämpfung diskriminierender Strukturen gefördert, insbesondere im Kontext verschärfter ausländerrechtlicher Kontrollen.
- **Unterstützung gewaltbetroffener Frauen:** Kooperation mit dem AKFS zur Schaffung eines Schutzhauses, das auch Roma-Frauen eine sichere Zuflucht bietet.
- **Aufklärung über betrügerische Geschäftspraktiken:** Sensibilisierung und präventive Beratung, um Roma-Familien vor unseriösen Haustürgeschäften und finanziellen Risiken zu schützen.
- **Aufbau eines Roma-Gemeindezentrums:** Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Beratung, Bildung und Empowerment als langfristiges Ziel zur Stärkung der Gemeinschaft.
- **Stärkung der politischen Arbeit:** Strategische Öffentlichkeitsarbeit und gezieltes Engagement zur Bekämpfung von Diskriminierung sowie zur Förderung gleichberechtigter Teilhabe.

Das Jahr 2024 hat gezeigt, dass kontinuierliches Engagement und enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteur\*innen positive Veränderungen bewirken können. Im Jahr 2025 wird es darauf ankommen, diese Strukturen weiter zu festigen und nachhaltige Perspektiven für Roma in Frankfurt zu schaffen.

Frankfurt am Main, 16.02.2025

## 20. Zusammenfassung des Jahresberichts 2024

Mehr Beratungen, mehr Begleitungen Die Sozialberatung des Fördervereins Roma e.V. war 2024 stärker gefragt denn je. Insgesamt wurden 4.029 Beratungen durchgeführt – ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren. Auch die Begleitungen zu Ämtern und Behörden nahmen zu:

- 2022: 145 Begleitungen
- 2023: 169 Begleitungen (+16,5 %)
- **2024: 194 Begleitungen** (+15 % zu 2023, +33,8 % zu 2022)

Der wachsende Bedarf zeigt, dass es weiterhin große Hürden bei Behördengängen gibt.

Postsystem weiter verbessert Viele Klient\*innen haben keine feste Adresse – deshalb wurde das Postablagensystem optimiert:

- 217 Postadressen wurden 2024 vergeben.
- Monatlich im Durchschnitt 18 Postadressen aktiv (Spitzenwert: 57).
- Zahl der c/o-Adressen von 40 auf 60 erhöht.
- Mehr Unterstützung beim Verstehen von Behördenpost, um Fristen einzuhalten.

Antiziganismus bleibt ein Problem Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) registrierte 68 Diskriminierungsfälle, u.a. bei:

- Behörden
- Wohnungssuche
- Polizeikontrollen
- Anfeindungen im öffentlichen Raum

Das zeigt: Diskriminierung ist nach wie vor alltäglich.

Wer sucht Beratung?

- 94 % der Ratsuchenden kamen aus Rumänien (2023: 95 %).
- 73 % waren Frauen.
- Mehrheit der Ratsuchenden: 25- bis 45-Jährige. Der Anteil der unter 25-Jährigen sank von 19 % (2023) auf 11 % (2024).

### Herausforderungen und Ziele

- Wohnungsnot: Sozialwohnungen fehlen, private Vermieter diskriminieren Roma-Familien.
- Lange Wartezeiten: Sozialleistungsanträge dauern oft Monate.
- Strengere Regelungen: Verschärfte Anforderungen setzen EU-Bürger\*innen unter Druck.
- Obdachlosigkeit: 2024 waren 124 Roma und Sinti in Frankfurt nachweislich obdachlos – ein Anstieg um 27 % im Vergleich zum Vorjahr.
- Alleinerziehende und Familien mit Kindern: 61 % der Ratsuchenden waren Familien mit Kindern, darunter 38 % Alleinerziehende, die besonders unter prekären Wohn- und Einkommensverhältnissen litten.

## Ausblick 2025

- MIA-Café als Schutzraum gegen Antiziganismus.
- Digitale Fallbearbeitung für effizientere Beratung.
- Roma-Gemeindezentrum als Anlaufstelle für Beratung, Bildung und Empowerment.
- Einstellung einer weiteren Fachberatung, um spezialisierte Unterstützung anzubieten.
- Einstellung einer zusätzlichen Dolmetscherin, um sprachliche Barrieren weiter abzubauen.

Die steigenden Zahlen zeigen: Die Sozialberatung bleibt unverzichtbar. Deshalb wird die Arbeit intensiviert, Netzwerke gestärkt und politischer Druck erhöht.

## Initiativen

- **Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (EVZ):** In Zusammenarbeit mit der Freudenberg Stiftung unterstützt die Stiftung EVZ Projekte von und für Sinti und Roma. Ziel ist es, Selbstorganisationen zu stärken und die gleichberechtigte Teilhabe dieser Gemeinschaften in Deutschland zu fördern. [stiftung-evz.de](https://stiftung-evz.de)
- **Zentralrat Deutscher Sinti und Roma:** Als bürgerrechtliche und politische Interessenvertretung setzt sich der Zentralrat für die Rechte und Integration der Sinti und Roma ein. Im Jahr 2024 engagierte er sich verstärkt in internationalen Projekten zur Bekämpfung von Antiziganismus und zur Förderung der kulturellen Teilhabe. [zentralrat.sintiundroma.de](https://zentralrat.sintiundroma.de)
- **Bundesjugendtreffen junger Sinti und Roma:** Dieses Treffen bietet jungen Sinti und Roma die Möglichkeit zur Vernetzung und zum Austausch. Es fördert die Eigeninitiative und stärkt die Gemeinschaft durch Workshops und kulturelle Veranstaltungen. [roma-center.de](https://roma-center.de)
- **Djelem Djelem Festival:** Das jährlich in Dortmund stattfindende Festival feiert die Kultur der Sinti und Roma. Im Jahr 2024 lag der Fokus auf der jungen Generation, mit Musik, Unterhaltung und Ständen von Vereinen und Initiativen, die Raum für Vernetzung bieten. [djelem-djelem-festival.de](https://djelem-djelem-festival.de)
  - Falls die Seite nicht existiert, lohnt sich eine Suche nach dem Festival auf der Website der Stadt Dortmund oder über [dortmund.de](https://dortmund.de)